

Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 926.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 926

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis monatlich 25 Pf., wöchentlich 35 Pf., Postgebühren 25 Pf., 4689 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pf., für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., answärtige Anzeigen 20 Pf., Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 112

Mittwoch den 15. Mai 1901.

8. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Bauer als Getreidekonsument.

wp. Zu den Einseitigkeiten der agrarischen Beweismittel, die den wirklichen Thatsbestand antreffen, gehört es, daß die Agrarier, den Bauern stets nur als Getreideproduzenten aufzuzeichnen lassen. Aber der Bauer ist nicht nur Produzent von Körnerfrüchten, er ist auch Konsument, und zwar der größte Getreidekonsument des Landes. Absolut und relativ wird die größte Masse des Getreides nicht in den Städten, sondern auf dem Lande verbraucht. Niemand kann sich mit dem Bauer in Bezug auf den Getreideverbrauch vergleichen, denn der Bauer braucht das Getreide nicht nur zum persönlichen Konsum, sondern auch zu wirtschaftlichen Zwecken.

Vor allem kommt der Bedarf der Ausaat in Betracht. Infolge dessen sind 14 bis 15 Prozent der Ernte von vornherein abzuziehen. Dann das Viehfutter. Hafer, Gerste und ein bedeutender Theil des Roggengetreides werden zu dem Zweck verwendet. Der Städter macht sich kaum eine Vorstellung, wieviel Brod verfrachtet wird, und zwar nicht nur Körner, sondern gebackenes Brod, Wecken (zum Aufziehen der Käse). Schließlich ist es die Bauernwirtschaft, welche die Kleie verbraucht. Ist genug wird diese vom Bauern in sehr beträchtlichen Quantitäten gekauft. Der Preis für Kleie steht aber in engem Zusammenhang mit dem Brodgetreidepreis. Steigt z. B. infolge der Getreidepreise der Weizenpreis, so steigt in gleichem Verhältnis auch der Preis für Kleie, den der Bauer zu bezahlen hat.

Am besten unterrichtet man sich über die einschlägigen Verhältnisse an einem Beispiel aus der Praxis. Wir entnehmen ein solches der bayerischen amtlichen Enquete über die bäuerlichen Verhältnisse vom Jahre 1895. Da wird eine Wirtschaftsberechnung für einen mittleren bäuerlichen Betrieb in der Gemeinde Trachweiler in der Pfalz aufgestellt. Das Bauerngut hat ca. 8,4 Hektar Boden, wovon über 7 Hektar landwirtschaftlich benutzt werden. Es produziert jährlich 54 (Pfund-)Zentner Roggen, 12 Zentner Weizen, 3 Zentner Gerste und 30 Zentner Hafer, also sehr erhebliche Quantitäten Getreide. Fast man diesen Bauern bloß als Getreideproduzenten ins Auge, so ergibt eine einfache Rechnung, daß er beim 5 Mark Zoll allein für sein Brodgetreide 165 Mark mehr per Jahr einnehmen würde. Sehen wir uns nun aber an, wie die Dinge in Wirklichkeit sind.

Für Ausaat, Viehfutter und Nahrung der Familie, verbraucht unser Bauer per Jahr folgende Quantitäten des eigenen Getreides: Weizen 2 Zentner, Roggen 30 Zentner, Gerste 3 Zentner, Hafer 16 1/2 Zentner. Von der ganzen Herrlichkeit bleiben also zum Verkauf 34 (Pfund-) Zentner Brodgetreide und 13 1/2 Zentner Hafer. Nach den Preisen zur Zeit der Erhebung betrug der Gesamtserlös dieses Bauern aus seinem Getreideverkauf 278 Mk. Demgegenüber standen aber andererseits folgende Geldausgaben für Mehlprodukte: Wecken (zum Käseherstellen) 9,36 Mk., Suppen- einlagen (Gerste, Gries u.) 13,80 Mk., Weismehl 52 Mk., Kleie 180 Mk., zusammen 255 Mk. Die gesammte Differenz zwischen dem, was der Bauer als Getreideproduzent vereinnahmt hat und dem, was er als Getreidekonsument verausgabt hat, beträgt also die winzige Summe von 23 Mk.!

So sieht es nicht etwa um den Kleinen, sondern, wie schon hingewiesen, um den mittleren Bauern. Es giebt in Deutschland nicht viel Bauern, die 8 Hektar Land ihr eigen nennen. Nur etwa ein Zehntel sämtlicher Bauern besitzt soviel Land.

Nun befindet sich aber unter Pfälzer Bauern, den wir zum Exempel genommen haben, noch insofern in einer besonders günstigen Lage, als er einen äußerst fruchtbaren Boden besitzt. Er erntet 1800 Kilog. Roggen per Hektar. Das ist anderswo nicht der Fall. In den anderen Gegenden Bayerns erntet man bloß 14—16 Zentner, auf ärmerem Boden nur 13 Zentner vom Hektar, in Preußen durchschnittlich 10 Zentner, also 500 Kilog. Wenn aber der Bauer in unserem Beispiel statt 18 Zentner, nur 14 erntet, so nimmt er vom Getreideverkauf um 66 Mk. weniger ein, folglich muß er als Getreidekonsument jährlich noch 43 Mk. zuzahlen! Wenn nun aber der Getreidepreis steigt, so muß er noch mehr drauf zahlen. Was wird die Folge sein? Der Bauer schränkt seine Viehhaltung ein, um den Getreidekonsum zu vermindern. Vermuthlich wird er seinen Rindviehstand vermindern und statt dessen, mehr Schweine halten, die er mit Kartoffeln füttert; er wird auch selbst die Brodnahrung durch Kartoffeln ersetzen. Da haben wir die Lösung des Problems, weshalb die Schweinezucht so enorm stark zunimmt.

Zu der gleichen Richtung wirkt freilich noch ein Moment, das aber auch mit dem Getreidepreis zusammenhängt. Zur Rindviehhaltung braucht man ausgedehnte Wiesen. Der Unterschied fällt in die Augen, wenn man sich die Verhältnisse in Ostpreußen und in Bayern ansieht. Hier doppelt soviel Rindvieh pro Hektar landwirtschaftlicher Fläche, dort

im gleichen Verhältnisse geringere Ausdehnung des Wiesen- und Weidelandes. Aber je höher der Getreidepreis, desto höher der Bodenpreis; der hohe Bodenpreis führt zur Einschränkung des Wiesenbestandes, die Einschränkung der Wiesen und der Weide bedingt eine Einschränkung der Viehhaltung.

In den letzten Jahren klagt der Bauer, daß er die Milch nicht mehr so billig liefern kann. Weshalb? Weil das Getreide und mit ihm sämtliche Futtermittel im Preise liegen.

Weshalb sind die Eier so theuer? Weshalb hält der Bauer so wenig Hühner und sonstiges Geflügel? Weil das Getreide so theuer ist! Der Eierkonsum in Deutschland könnte leicht verzehnfacht werden. Was das bedeutet, wissen sehr gut die Metzger. Dem Großgrundbesitzer auf theurem Boden ist freilich die Geflügelzucht eine Lappalie, mit der er sich so leicht nicht abgeben mag. Aber der Kleibauer in der Nähe der Stadt sieht sich die Sache mit anderen Augen an.

Man ersieht aus den angeführten Thatsachen u. A. auch, daß es nicht angeht, den Bauern, der Getreide verkauft, ohne weiteres jenem entgegenzusetzen, der Getreide kauft. Es verkauft mancher Bauer Getreide, der besser daran wäre, wenn er nicht gezwungen wäre, es zu thun. Andererseits kaufen alle Bauern, ohne Ausnahme, Getreide in irgend einer Form, als Mehl, Semmeln, Suppen- einlagen u. s. w., zu. Noch wichtiger ist, daß der Verkehr des Bauern mit der Mühle zu einem reinen Tauschgeschäft geworden ist, das den Gesetzen der Konkurrenz unterliegt.

Auf dem Getreidemarkt kann der Bauer längst seinem inländischen und ausländischen Konkurrenten nicht mehr Stand halten. Seine letzten Hilfsquellen liegen in der wirtschaftlichen Verwerthung der Feldfrüchte. Deshalb hat er ein ähnliches Interesse an dem billigen Getreidepreis, wie etwa, in anderen Verhältnissen, der Eisenindustrielle an dem billigen Kohlenpreis. Aus Körnerfrucht wird Fleisch und Milch gemacht — das darf der Bauer nie vergessen.

Deutscher Reichstag.

Triumvirat des „Lübeker Volksbote“.

Berlin, den 13. Mai 1901.

Der Reichstag wies heute ein überraschendes Bild auf. Wenn draußen vor den Portalen des „Wallot-Bräu“, wie Maximilian Harden in seiner respektlosen Weise das Reichstagsgebäude zu nennen beliebt, der Biergarten im schönsten Maiengrün prangt, pflegt der Saal, drin die Reichsboten tagen, sich gemeinlich durch die Leerheit seiner Bänke auszuzeichnen. Ganz anders heute. Trotz des Sonnenscheins, der Berlin durchflutete, saßen die Volksvertreter Kopf an Kopf auf ihren Plätzen: wie in den Feiertagen sah man wieder Gestalten, deren Anblick sonst auch dem hierseitigsten Tribunenbesuchern verjagt bleibt: das Zentrum hat aus der bayerischen Hochebene und den Waldgegenden Oberschwabens seine Repräsentanten und die konservativen Junker haben aus Ostpreußens kartoffelbauenden Gefilden ihren Landsturm herangezogen. Ehe das Wallot-Bräu auf längere Zeit seine Pforten schließt und der frühzeitige Schluß des Reichstags den Grafen Bülow auf einige Monate einer unbequemen Kontrolle seiner Jid-Zad-Welt- und Abenteurerpolitik enthebt, soll noch ein Raubzug wider die Taschen der deutschen Konsumenten ins Werk gesetzt werden. Die Brauntweinsteuervorlage der Regierung ist in der Kommission gefallen; dafür haben die Konservativen und ihre diversen Mitmanscher in aller Eile ein jgg. Nothgesetz gemacht, das sie unter Aufbietung aller ihrer Kräfte wie aller ihrer Mannschaften und unter Mißachtung der Beschlüsse des Seniorenkongresses in Windeseile und in zwölfter Stunde durchzuweisen suchen. Mir nichts, dir nichts soll die Brennsteuer — die von den Konsumenten und nicht, wie die Junker behaupten, von den Brennern getragen wird — um 50 Proz. erhöht werden und außerdem eine starke Beschränkung der Produktion für die neuzugründenden Brennereien, um die Konkurrenz derselben abzuwehren, Platz greifen. — Unsere Fraktion, sowie die freisinnige Linke widersetzten sich dem Vorgehen der Spiritusinteressenten nach Kräften. Genosse Wurm und die freisinnigen Fischbeck, Richter, Bachnide rissen den Brauntwein-Ethikern die hygienische Maske vom Gesicht und enthüllten die brutale Interessentengesetzgebung in ihrer ganzen Nacktheit. Was die Bündler-Kedner dagegen vorbrachten, war mehr als schwach, nichts als Wiederholung von Redensarten, wie sie in der „Deutschen Tageszeitung“ weit besser zu finden sind. Aber im Grunde waren die Reden der Wangenheim, von Kardorff, Lucke u. s. w. höchst überflüssig; die Agrarier hatten die Mehrheit und machten Gebrauch von ihr. Die Einschränkung der Produktion wurde mit großer, die Erhöhung der Brennsteuer mit etwas geringerer Mehrheit angenommen; für die erstere war der größere, für die zweite der kleinere Theil der Nationalliberalen.

Sehr schnell wurde der letzte Punkt der heutigen Tages-

ordnung, die dritte Lesung der Gewerbegerichts-novelle, erledigt. Die Generaldiskussion beschränkte sich auf eine Erklärung des berühmten Heilbrönnner Stadt- oberhauptes Hegelmaier, daß die Stumm- alias Reichs- partei die Vorlage ablehne. Sehr unwesentlich war die Spezialdiskussion; dann wurde die Novelle mit großer Mehrheit angenommen. Nur die Frei- und ein Theil der Deutschkonservativen stimmten dagegen und bekundeten so auf's Neue, daß ihnen selbst die allerbertheidensten sozialpolitischen Fortschritte ein Greuel sind.

Große Schwierigkeit machte die Festsetzung der Tages- ordnung für die nächste Sitzung. Der Präsident schlug vor, schon morgen die dritte Lesung der Brauntweinsteuervorlage vorzunehmen. Genosse Singer widersprach: nach der Geschäftsordnung genügt der Widerspruch eines einzigen Abgeordneten, um zu verhindern, daß eine dritte Lesung am Tage nach der zweiten vorgenommen wird. Nach einer langen Geschäftsordnungs- debatte wurde schließlich die nächste Sitzung auf Mit- woch 9 Uhr Morgens anberaumt. Hauptgegenstand der Tagesordnung ist eben die dritte Lesung der Braunt- weinsteuervorlage.

95. Sitzung, Mittags 1 1/2 Uhr.

Am Bundesrathssitz: Frhr. v. Thielmann, Graf Poja- bomeky.

Nach debatteloser Erledigung einiger kleinerer Vorlagen folgt die zweite Berathung der Novelle zum Brauntweinsteuergesetz. Die Kommission, welche die Novelle zum Brauntweinsteuergesetz zu berathen hatte, hatte diese abgelehnt und dafür beschlossen: 1. eine Einschränkung des Kontingents für die neu entstehenden Brenn- ereien von 800 auf 500 Hektoliter; 2. Forterhebung der Brenn- steuerhöhe bis zum 30. September 1902 und der Erhöhung um 50 pZt.

Fischbeck (SP.): Am vorigen Donnerstag hatte der Senio- ren-Konvent beschlossen, angesichts der bevorstehenden Vertagung das bisherige Brauntweinsteuergesetz einfach auf ein Jahr zu ver- längern. Obgleich wir Gegner der Brennsteuer sind, haben wir mit Rücksicht auf die Geschäftslage diesem Vorschlage zugestimmt. Am Freitag aber sagte man uns in der Kommission: was geht uns der Seniorenkonvent an? (Hört! hört!) Er ist nicht Mitglied dieser Kommission. Die Besprechungen des Seniorenkongvents haben gar keinen Sinn, wenn nicht die Parteien daran festhalten. Wir beantragen, das Gesetz auf ein Jahr zu verlängern. Hier wird der Versuch gemacht, die Kommission und den Reichstag geradezu zu überrumpeln. (Sehr richtig! links.) Der Seniorenkongvent wollte nur ein Nothgesetz haben, hier aber ist ein Antrag aufgenommen worden, der dauernd in das Gesetz hineinkommen soll. (Widerspruch rechts.) Ich bitte Sie dringend um Ablehnung des Kommissionsbeschlusses. (Beifall links.)

Frhr. v. Wangenheim (K.): Von einer Überrumpelung des Reichstags kann nicht die Rede sein. Es handelt sich hier nur um Bestimmungen, die die landwirtschaftliche Kultur in einem großen Theile des Landes ermöglichen und der Maschinenindustrie ein neues Feld für den Abzug ihrer Produkte schaffen sollen. Ueber Abmachungen des Seniorenkongvents haben sich die Herren der Linken oft genug hinweggesetzt. Hier muß ein Gesetz geschaffen werden, welches den Bedürfnissen des Landes mehr entgegen- kommt.

Dr. Bachnide (SP.): Nicht die kleinen Landwirthe sollen mit den neuen Bestimmungen geschädigt werden, sondern die Pro- duktion soll eingeschränkt werden, damit nicht neu errichtete Brenn- ereien den bestehenden Konkurrenz machen. Das ist die ganze Tendenz des Gesetzes. Die Einschränkung des Kontingents ist für uns unannehmbar. Mit Rücksicht auf eine gesunde wirtschaft- liche Entwicklung werden wir gegen Artikel 1, Absatz 1 und 2 stimmen.

Wurm (SD.): Der wahre Grund der neuen Bestimmungen ist nur der, daß die großen Brennereien sich die lästige Konkurrenz vom Hals halten wollen. Herr v. Wangenheim sagte, wenn die Einschränkung des Kontingents nicht eintrete, dann würden die neu entstehenden Brennereien begünstigt sein gegenüber den alten, denn auch diese müßten sich ja die Einschränkung gefallen lassen. Das Kontingent der alten Brennereien ist um 7—8 Proz. eingeschränkt worden; wenn aber das Kontingent von 80 000 Litern auf 50 000 Liter verringert wird, so bedeutet das eine Einschränkung von etwa 40 Proz., die den alten Brennereien auf Kosten der neuen zu Gute kommen. Die ganze Tendenz der Kommissionsbeschlüsse geht darauf hinaus, künstlich das Angebot zu verringern auf Kosten derer, die da kommen wollen. Sache der Vertreter der süddeutschen Bundesregierungen wäre es, gegen die für die Spiritusbrennereien Ostpreußens zugeschnittene Gesetzgebung Protest zu erheben. Wir erklären uns gegen den Beschluß der Kommission. (Bravo! l. d. Sozialdemokr.)

Dr. Baasche (K.): Es handelt sich hier nicht darum, die neuen Brennereien zu schädigen, sondern nur darum, die alten vor Schäden zu bewahren (Wachen links.) Wir arbeiten doch nicht für die künftige Generation, sondern für die bestehende. Ich bitte Sie dringend um Annahme des Kommissionsbeschlusses.

Richter (SP.): An dem Beschlusse des Seniorenkongvents haben große Brennereien mitgewirkt, die nicht weit von Herrn v. Wangenheim entfernt sind. Es kann also nicht davon die Rede sein, daß der Seniorenkongvent die Tragweite seines Beschlusses unterschätzt habe. Zum mindesten hätte der Seniorenkongvent noch einmal berufen werden müssen. Es ist noch nie vorgekommen, daß man sich innerhalb 24 Stunden über eine so schwierige Materie schlüssig gemacht hat, wie sie uns hier vorliegt. Die Bestimmungen in Ziffer 1 bedeuten, daß für die ganze folgende Kontingentierungs- periode 1908 die Beschränkung des Kontingents auf 50 000 Liter in Kraft bleibt. Die ganze Bestimmung liegt nur im Interesse von 3—4000 Gutsbesitzern im Osten. (Sehr richtig! links.) Herr

Warm hat mit Recht betont, daß es sich hier um die Erleichterung der Konkurrenz durch die neu entstehenden Brennereien handelt! (Sehr richtig! links.)

H. v. S. (M.): Die Sache war zu eilig, als daß sie noch einmal vor den Senatoren Convent hätte gebracht werden können. Ich behaupte auch, daß ein Nothgesetz notwendig wurde, aber wir besaßen uns in einer Nothlage, und von einer Wächterung der Senatoren-Convents-Beschlüsse kann keine Rede sein. Die Vereinigung der Brenner geht darauf hinaus, daß die Produktion von Spiritus steigt. (Lachen links.) Ich bitte Sie, die Kommissionspflicht anzunehmen.

Damit schließt die Diskussion.

Ziffer 1 wird nach der Kommissionsfassung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Freijünglichen und einiger Nationalliberalen angenommen.

Es folgt die Verathung der Ziffer 2.

Fischer (Fp.): beantragt Streichung dieser Ziffer, d. h. Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes. Der Kommissionsbeschuß würde nur dem Spiritusring die Möglichkeit zu weiterer Preissteigerung geben.

Freiherr v. Wangenheim (K.) bittet dem gegenüber um Annahme des Kommissionsbeschlusses.

Wurm (S.): Wir müssen dies Nothgesetz, das auf ein weiteres Jahr der Beobachtung neue Kosten auferlegt, energisch bekämpfen. Die Brennsteuer wird nicht von den Brennereien bezahlt, sondern vom Publikum. Man jacht die Brennsteuer und den Spiritusring überhaupt damit zu entschuldigen, daß man sagt, die Brennsteuer habe den denaturirten Spiritus verbilligt. Das können wir nicht zugeben. Der Brennspiritus ist nur im Verhältniß zum Trinkspiritus billiger geworden, während der absolute Preis des Brennspiritus seit der Einführung der Brennsteuer um etwa eine Mark höher geworden ist pro Hektoliter. Wenn erst der Spiritusring alle jetzt noch außerhalb des Ringes stehenden Brenner in der Ring hineingezogen haben wird, werden wir noch ganz andere Preise erleben wie heute. Zum Vergleichen bezahle ich die Herren nicht 2 Millionen jährliche Verwaltungskosten. Die Erhöhung der Brennsteuer ist gerade die kleinen Besitzern, denn diese brauchen den Brennwein für ihre Leute. Darum protestiren wir im Namen der Bauern, der gesammten Bevölkerung gegen die Erhöhung der Brennsteuer, die nur einigen Agrikultoren zu Gute kommt. (Bravo! links.)

v. Kardorff (M.): Wenn die Denaturirung des Spiritus beibehalten wird, so wird dadurch eine Sicherheit gegen eine Preissteigerung des Potakons und der Kohlen geschaffen. Die Brennsteuer soll diese Denaturirung begünstigen und ich bitte Sie daher, dem Kommissionsbeschuß zuzustimmen.

Dr. Kuchta (Fp.): Die ständige Erhöhung der Brennsteuer ist ein gewisses Experiment der Arbeiter der vorgelegenen Erhöhung ist der Spiritusring. Die Annahme der Kommissionsbeschlüsse wäre sehr bedauerlich, aber immerhin würden wir damit die viel schlimmere Regierungsvorlage los. Hauptsächlich erscheint Artikel II der Vorlage mit dem Denaturirungszwang nicht mehr im Reichstag.

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag **Fischer** wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freijünglichen Gruppe, eines großen Theils der Nationalliberalen, der Welfen und weniger Zentrumsgesonderten abgelehnt und der Kommissionsbeschuß angenommen.

Artikel II der Regierungsvorlage (Denaturirungszwang) wird einstimmig abgelehnt. (Heiterkeit links.)

Einleitung und Ueberschrift des Gesetzes werden nunmehr genehmigt.

Es folgt die dritte Verlesung des Gewerbegerichts-entwurfs. In der Generaldebatte giebt

Regelmaler (M.) Namens seiner Parteifreunde die Erklärung ab, daß diese gegen das ganze Gesetz stimmen würden. Die Sozialdemokraten spreche immer von Arbeiterpartei, er könne sich aber keine schlimmere Arbeiterpartei denken, als wenn die Besizer eines Gerichts nach politischen Gesichtspunkten gewählt würden. (Lachen links.)

In der Einzeldebatte werden die §§ 1 bis 62 b ohne wesentliche Änderung genehmigt. Der § 62 c wird auf Antrag Trumbors folgender Zusatz angefügt:

„Eine Veranlagung behaltener Verleihen durch deren allgemeiner Stellvertreter, Prokurator oder Betriebsleiter ist zulässig.“

§ 62 e wird mit diesem Zusatz angenommen.

Der Rest des Gesetzes wird ebenfalls erledigt. Da Niemand widerspricht, stimmt der Präsident die Gesamtsatzung an. In dieser wird die Vorlage gegen die Stimmen der Reichspartei und eines Theils der Konservativen angenommen.

Präsident Graf v. Ballekreem: Damit ist die Tagesordnung erledigt. Ich schlage Ihnen vor, die nächste Sitzung abzuhalten morgen Dienstag Nachmittag 11 Uhr mit folgender Tagesordnung: Verlesung; Reichsanzeiger; Landtag; Senatsrat; zum Schluß die gewöhnlichen Angelegenheiten; Landtagsprotestation mit England; Brauereiverordnungen; Wahlen; Abg. v. S.

Singer (S.) zur Geschäftsverteilung: Namens meiner Freunde wiederhole ich gemäß § 21 der Geschäftsordnung das, daß die dritte Verlesung des Brauereiverordnungs-Gesetzes morgen auf der Tagesordnung, folgt wird.

Präsident Graf v. Ballekreem: Der Herr Abg. Singer widerspricht der Tagesordnung in einem Punkte auf Grund einer Bestimmung der Geschäftsordnung. Folglich muß heute die Sitzung den Vorlesung, die nächste Sitzung abzuhalten übermorgen, Mittwoch den 16. Mai, Vormittags 9 Uhr, und der von mir beschlossene Tagesordnung.

Baßermann (M.): Ich würde dem Herrn Präsidenten bitten, den Bericht der Wahlprüfungskommission über die Wahl des Abg. v. S. nicht auf die Tagesordnung setzen zu wollen. Der Bericht ist ein Sonntags- und an anderer Stelle gekommen und ist sehr umfangreich, jedoch eine genaue Prüfung desselben nach nicht möglich ist.

Präsident Graf v. Ballekreem: Ich bitte es für meine Pflicht, vor allem die Wahlprüfungskommission dem Herrn Abgeordneten zu geben, sich über die Wahl freizugeben.

Gräber (S.): Ich würde dem Vorschlag des Herrn Abgeordneten Baßermann dem Reichsanzeiger entgegenzusetzen, wenn die Wahlprüfung auf morgen angelegt würde. So aber haben wir ja einen neuen Tag zur Prüfung des Reichs, und ich möchte dem Herrn Präsidenten doch bitten, es bei einem dieser Vorschläge zu belassen. Es ist sehr unangenehm, daß Wahlprüfungen, besonders solche, bei denen es sich um Wahlprüfungen handelt, nicht möglich sind.

Baßermann (M.): Ich kann mir auf meinen Antrag beschränken. In der ganzen Angelegenheit der Wahlprüfungskommission hat der Reichsanzeiger eine sehr wichtige Rolle gespielt. Ich würde dem Reichsanzeiger entgegenzusetzen, wenn die Wahlprüfung auf morgen angelegt würde. So aber haben wir ja einen neuen Tag zur Prüfung des Reichs, und ich möchte dem Herrn Präsidenten doch bitten, es bei einem dieser Vorschläge zu belassen. Es ist sehr unangenehm, daß Wahlprüfungen, besonders solche, bei denen es sich um Wahlprüfungen handelt, nicht möglich sind.

Gräber (S.): Aber die Wahl ist bereits früher für Reichsanzeiger genehmigt worden. Es hätte also das weitere Material längere Zeit vorher werden können.

Präsident Graf v. Ballekreem: Ich will Ihnen eine neue Vorschlag machen, der vielleicht schnelle Billigung findet. Ich schlage Ihnen vor, morgen eine Sitzung zu halten und dann die Wahlprüfung vorzunehmen. (Wahlprüfung rechts.)

Baßermann (M.): Ich wäre dann einverstanden, wenn morgen keine Wahlprüfung mit Ausnahme der Brauereiverordnungen auf der Tagesordnung auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Präsident Graf v. Ballekreem: Ich schlage Ihnen also vor, die nächste Sitzung zu halten: Dienstag den 14., Nachm. 1 Uhr, und als Tagesordnung die genannten Gegenstände mit Ausnahme des Brauereiverordnungs-Gesetzes infolge der Wahlprüfung.

v. Kardorff (M.): bittet den Herrn Präsidenten, bei seinem ersten Vorschlag, erst übermorgen Sitzung zu halten, stehen zu bleiben.

Der Vorschlag, morgen eine Sitzung zu halten und die Wahlprüfung zu diskutieren, wird hierauf gegen die Stimmen des Zentrums abgelehnt; ebenso findet der Vorschlag keine Mehrheit, am Mittwoch die Wahlprüfung noch mit zu diskutieren.

Es bleibt also bei der zuerst vom Präsidenten für Mittwoch 9 Uhr Vorm. festgesetzten Tagesordnung mit der Brauereiverordnungs-Novelle und ohne die Wahlprüfung.

Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat bekanntlich mit 5 gegen 6 Stimmen 3 Mitglieder der Kommission (selbst die Wahl des Abg. v. S.) nationalliberalen Abg. v. S. im Saarbrücker Wahlkreis für zünftig erklärt. Dieser Beschuß hat kein geringes Aufsehen hervorgerufen. Jetzt ist der Kommissionsbericht erschienen, der über die einzelnen Beweiserhebungen berichtet, welche in Folge der Beanstandung angeordnet waren. Danach erscheint es, der „Frei. Ztg.“ zufolge, noch ungewißer, wie man zu einer Gültigkeitserklärung der Wahl gelangen konnte. Es ist festgestellt, daß der „Bergmanns-Freund“, der in einem Aufsatz als „Pflicht und Schuldigkeit eines jeden königlichen Beamten und eines jeden königlichen Bergmanns“ erklärte, für den nationalliberalen Kandidaten einzutreten, redigirt wird von einem Bergamtssekretär, der sich im Dienste befindet und zum Zwecke der Redaktion von anderen Dienstgeschäften dispensirt ist. Auch ist festgestellt, daß die Redaktion „im Allgemeinen der Aufsicht der Bergwerksdirektion untersteht.“ Dazu kommen noch eine Reihe von Wahlbeeinflussungen jeder Gestalt in den einzelnen Bezirken durch Berggräbe und untergeordnete Bergbeamte. Man kann sich bei der Lektüre dieser Berichte ein Bild davon machen, was demnach bei der Erziehung für Stumm in dem Reichswahlkreis zu erwarten ist.

Mary und Miquel. Von einem zuverlässigen Gewährsmann wird der „Barmer Ztg.“ geschrieben:

In der sozialdemokratischen Parteipresse wird anfänglich des Admittis Miquel's wieder dessen früherer Verhältniß zu Karl Marx in Erinnerung gebracht und unter Bezugnahme auf den 1850 an Marx gerichteten Brief auf die Wandlungen des sich als Schlangenhaut produzierenden dahingehenden Finanzministers hingewiesen. Es ist wahr, Miquel hat eine seltene Metamorphose durchgemacht, trotzdem ist er seinem ehemaligen Wesen aus dem Kommunitarische gegenüber nicht zum Verräther geworden, ja, er hat sogar — und das dürfte nur wenigen bekannt sein — seinen früheren Vertrauten Marx der Gefahr entzogen, in die Hände der Polizei zu fallen. Es war im Sommer des Jahres 1876, als Marx die Absicht hatte, von London aus — natürlich unter falschem Namen — eine Reise nach Deutschland, nach Berlin anzutreten. Die Reise sollte einen politischen Zweck, sie galt vielmehr einer privaten Angelegenheit. Die Berliner Polizei hatte von dem Vorhaben Marx' Wind bekommen, und dieser wurde auch schließlich in die Falle gelockt, wie er nicht noch rechtzeitig gewarnt worden. Und was war es, das Marx auf die drohende Gefahr aufmerksam machte? Es war kein anderer, als der Exkommunitar Miquel, der zu dieser Zeit an der Spitze der Diskontogesellschaft in Berlin stand, nachdem er vorher schon Oberbürgermeister von Danabühl, also mittelbarer Stadtdeputirter gewesen. Miquel hatte nämlich, wie er Marx mittheilte, durch Zufall erfahren, daß dieser Reiseplan bekannt geworden war.

Mary, der die geplante Reise in Folge der Warnung unterlich später war er doch noch einmal infognito in Deutschland und bei dieser Gelegenheit auch mehrere Tage in Sotsingen, hat 1876 dem Gewährsmann, der ihn gelegentlich in London aufsuchte, persönlich von der Miquel'schen Warnung Mittheilung gemacht. Er schloß angeleglich den Worten: „Er hat mich wohl verlassen, aber doch nicht vergessen!“

Der Weltmarkt und der „türkische Parvenü“. Die „Frankf. Ztg.“ schreibt:

Als Napoleon I seinen stolzen Zug in das Traumland der Sphären antrat, umgab er sich zwar nicht mit dem ausgiebigen Heer der Gegenwart, sondern beschränkte sich einzeln in seiner Armee wohl aber verlor er in seinem Staffe 46 Mitglieder der diplomatischen Schule, um so die seit Jahrhunderten ungeschwundenen Traditionen des diplomatischen Berufs zu erhalten und die besten Köpfe der diplomatischen Welt zu erhalten und diese nach dem Stande der diplomatischen Welt zu unterstützen: Man braucht nur Paris, die Könige, Kaiser, Päpste, Sultan zu nennen, um die Bedeutung eines diplomatischen Beamten zu verstehen, daß nämlich die Leistungen des diplomatischen Beamten das Einzige sind, was von den Unternehmungen Napoleons in Aegypten bis heute bestehen ist.

Während nach unbekannter als der Herr Kheol aus Aegypten war es nicht heute in Frankreich, sondern das sich Jahre lang die diplomatische Welt dem Einfluß des Auslandes in seine Unterordnung zu unterwerfen mußte. Nun werden ganz gegenwärtig die besten Köpfe der diplomatischen Welt wieder in die diplomatische Welt zu unterwerfen, in welche der profane Geist eines Europäers fast nie eindringen magen dürfte, von den ungeringsten Seiten aller und jener kriegerischen diplomatischen Beamten gemehrt, aber die diplomatische Welt der Gegenwart, diese Schätze vom Standpunkt des Krieges und diplomatischen Beamten her zu betrachten, sie vom diplomatischen Standpunkt her zu betrachten, hat man übersehen.

Und doch wird die Unterordnung einiger junger Einlegen, die diplomatische Welt der Gegenwart vor allem eine Unterordnung ist eines Staates gemein, der sich in militärischer Beziehung an die Spitze des ganzen Unternehmens gestellt hatte. Die Rollen dieser diplomatischen Beamten werden geradezu Paraphrasen gegenüber den Summen, welche die Expedition vor sich führt. Während vor bei den Akademien momentan kein Geld vorhanden ist — so was kommt ja auch in geliebten Kreisen vor — aber an irgend einer Stelle hätte sich doch 100 000 Mark finden lassen und für diese Summe hätte man wohl ein Dutzend junger Diplomaten ein Jahr nach dem Namen ihres Vaters finden können, zumal die Aussicht auf bedeutende diplomatische Erfolge ausmüthend wirken mußte.

Was hat es unterlassen; der Grund davon wird wohl der gewesen sein, daß man überhaupt an Berlin nicht dachte. Der „Frankf. Ztg.“ war gemeint, in keiner genialen Auffassung Dinge zu berücksichtigen, die man heutzutage nicht mehr in den Kreis der Erwägungen zieht.

Was steht in der That an diesem Vergleich des europäischen Abenteurers Napoleons mit dem China-Abenteurer Balderes, welche Fortschritte die weltpolitische Kriegs-

führung während eines Jahrhunderts gemacht hat. Bonaparte hatte weder ein Abbesthaus, noch einen Marschallstab, noch einen Zehntausendmark-Woch. Dafür umgab er sich mit einem Stab von Gelehrten, denen er Gelegenheit bot, die Kulturschätze des fremden Landes der Wissenschaft zu erschließen. Mit Waldersee ging nur ein Kriegsmaler, um die malerischen Effekte abgehaener Vorkämpfe zu studiren, dafür aber auch reichend Adjutanten und Stabsoffiziere. Napoleons Zug nach Aegypten beschränkte die heimische Wissenschaft, der Kultur-Kreuzzug der Mächte in China verwandelte nicht nur Hunderte von Städten und Dörfern, sondern auch die berühmte Bibliothek in Peking, eine kulturhistorische Fundgrube von nicht abzuschätzender Bedeutung, in einen Schutthaufen. Die Reminiscenz der „Frankfurter Zeitung“ zeigt nicht nur den intellektuellen Abstand zwischen einem Waldersee und einem Napoleon, sondern auch den Kulturfortschritt binnen hundert Jahren.

Der württembergische Landtag erklärte sich Sonnabend mit 53 gegen 26 Stimmen in der Eisenbahnfrage gegen den Anschluß an die preussisch-hessische Eisenbahngemeinschaft, einstimmig nahm der Landtag ferner einen Antrag an, der die Regierung ersucht, darauf hinzuwirken, daß Art. 42 der Reichsverfassung endlich zur Anwendung kommt und daß dem Reich unter Erweiterung des Reichseisenbahnnamts ein dem gesteigerten Verkehrsbedürfniß entsprechender Einfluß auf den Betrieb der deutschen Eisenbahnverwaltungen eingeräumt wird. Die Verkündung dieses einstimmigen Abstimmungsergebnisses wurde stürmisch akklamirt.

Neue politische Nachrichten. Zur zweiten Verlesung der Seemannsordnung, die erst nach der Verlesung stattfinden wird, haben unter Benennung im Reichstage 32 Abänderungsanträge gestellt. — Als nicht geeignet zur Erörterung im Plenum hat die Petitionskommission des Reichstages 112 dem Reichstag überreichte Petitionen erachtet. Als Grund wird von der Kommission bei 7 dieser Petitionen angeführt: „unverständlich.“ Zu den von der Petitionskommission für eine Erörterung im Plenum nicht geeignet befundenen Petitionen gehört auch die vom Zentralverein der Konservativen vor dem Potsdamer Thor in Berlin beschlossene Petition um „Stärkung des Autoritätsgefühls im Volke.“ — Der „hannoversche Courier“ theilt mit, daß der im Kaiserthalsbeleidigungs-Prozess gegen den Amerikaner Kanak als Zeuge vernommene Kommerzienrat Müller nicht der jetzige Handelsminister, sondern ein anderer Kommerzienrat gleichen Namens gewesen ist. — Die zweite heftige Kammer beschloß Montag mit 21 gegen 18 Stimmen, über den Antrag Köhler-Langsdorf, betr. Abänderung der Erbfolge im Großherzogthum Hessen, zur Tagesordnung überzugehen. — Die Buchdrucker-Zwangsvereinigung in Dresden hat mit 65 gegen 5 Stimmen ihre Auflösung beschlossen. Die Schuhmacher-Zwangsvereinigung in Bamberg hat mit 61 gegen 2 Stimmen dasselbe gethan — Baumann, die Witwe Dieckhoff, sowie Stoeder, Vater und Sohn, haben die Revision im Militärbefreiungsprozess angemeldet. — Die Strafkammer in Posen beurtheilte den Probst v. Baskewski in Golejowo wegen Verleumdung der Beamten des Postamts 2 in Posen zu einhundert Mark Geldstrafe. Der Probst hatte den Umstand, daß auf ihn gerichtete Postendrucke politische Libellationen aufgestrichen waren, in einer Eingabe an die Oberpostdirektion in angeblich beleidigender Weise erörtert. — Die luxemburgische Regierung hat 300 Italiener nach Basel abgeschoben. Für die Weiterbeförderung nach Italien hatte die luxemburgische Behörde ihnen keine Fahrkarten beschafft. Das eidgenössische Justizdepartement verurtheilte, der „Frankf. Ztg.“ zufolge, die Jurisdiktion der Italiener an die deutsche Grenze, da der Stadt Basel nicht zugemuthet werden könnte, 300 Italiener die Reise nach Chiasso zu bezahlen. — Die erste schwedische Kammer nahm am Montag mit 97 gegen 41 Stimmen die Regierungsvorlage betreffend die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und eine durchgreifende Reorganisation des Heeres und der Flotte in der Fassung der betreffenden Reichstagskommission an. Die Minorität stimmte für die Regierungsvorlage in unveränderter Fassung. — In Paris waren Gerüchte über ein Attentat auf die Königin-Regentin von Spanien verbreitet. Sie wurden auf der Reichstags für ganz unbegründet erklärt. — Wie dem „Weltjournal“ aus Conventry gemeldet wird, soll infolge Ersuchens der österreichisch-ungarischen Botschaft die Ausweisung des Kellners Jovanovitch einseitig unterbleiben. — In Neapel klagen die Todtergräber und Leichenräuber wegen Einführung von Leichenwagen die Arbeit ein. Die Leichenwagen werden polizeilich eskortirt, um sie gegen Angriffe der Streifenden zu schützen. — Einer Zeitung der „Daily Mail“ aus Malta zufolge erprobte im erzbischöflichen Palais eine Bombe. Der angerichtete Schaden ist unbedeutend. — In Belgien hat nach einer „Times“-Meldung aus Harcar vom 30. April 1887 10 000 Mann irische Truppen abgedrückt, welche die Stelle der gegen den Maffah überredenden Mannschaften treten sollen. Da die letzteren großen Mangel litten, haben sie ihre Kammele und Lebensmittel verzeihen müssen. — Ein großer Krieg der Baumwollindustrie ist in den Vereinigten Staaten geplant. Nach einer „Reuter“-Meldung aus Montreal verläutet, Bierpont Morgan und die zu seiner Gruppe gehörigen Kapitalisten gingen jetzt mit dem Plane einer Zusammenrückung aller Baumwollindustrien in den Vereinigten Staaten um. Einer ihrer Vertreter ist gegenwärtig in Montreal in der Absicht, die kanadischen Fabriken in den Ring mit einzuschließen. — In Detroit (Vereinigte Staaten) entstand, wie man dem „B. T.“ telekt, ein riesiger Straßentummel, bei dem viele Personen verwundet wurden, als die Polizei den Hauptplatz der Stadt räumen wollte, wo eine unangemeldete sozialistische Volksversammlung abgehalten wurde 10 000 Personen betheiligten sich an der Demonstration. Die Spritzenstände der Feuerwehr wurden durchschnitten und die Feuerwehrmannschaft gepöbelt; mehrere Polizei schuf schließlich „Ordnung.“ — In Montevideo (Uruguay, Südamerika) wurde ein Komplot zum Sturz der Regierung entdeckt und ein Waffenlager konfisziert; General Herrero Yoben, Oberst Rodriguez, Oberst Burgis und andere Offiziere wurden verhaftet. Die meisten Verhafteten gehören dem Heere an. Auch in Domingo (Westindien) herrscht Rebellion, der Belagerungszustand wurde über zwei Provinzen verhängt. Präsident Vasquez befindet sich selbst im Felde. General Vora wurde getödtet, General Bobca gefangen genommen. Die Hauptstadt ist ruhig. — Auf den Philippinen sind amerikanischen Blättern zufolge die Filibinos bereit, die Waffen niederzulegen unter der Bedingung, daß die Philippinen als selbständiges Schutzgebiet mit einem amerikanischen Residenten erklärt werden.

Frankreich.

Eine recht kriegerisch klingende Rede hat der Marineminister Lanessan am Sonntag in Lyon auf dem Festmahl des Kriegerverbandes gehalten. Lanessan betonte: „Wir haben die vervollkommensten Gewehre und Geschütze; unsere Grenzen sind geschützt durch Befestigungen, welche nach den neuesten Errungenschaften der Technik angelegt sind. Unser Heer ist hinreichend stark, um allen Anforderungen, auch des längsten

Krieges, zu entsprechen. Wenn Ende des Jahres 1906 unsere Seemacht programmgemäß ausgestaltet sein wird, so werden wir im Stande sein, alten Bluts allen Eventualitäten der Zukunft ins Auge zu blicken. Keine Regierung habe auch nur die Hälfte von dem gethan, was die Republik in den letzten 30 Jahren für Meer und Marine geleistet. Auch der Kriegsminister André hielt auf diesem Festmahl eine Rede, in der er ausführte, alle Bürger müssten den Gebrauch der Waffen lernen und die Dauer des Militärdienstes müsste für alle die gleiche sein; es sei aber unmöglich, diese Dauer unbegrenzt herabzusetzen.

Spanien.

Die katalonische Frage löst, wie man der „Frankf. Ztg.“ aus Madrid meldet, tiefe Besorgnis ein, denn die Ruhe in Barcelona ist bloß scheinbar; es hämmert die Erkenntnis auf, daß bloß weite Zugeständnisse der Völkervereinigung einhalten können. Im Mittelraum des „Pelajo“ sind 40 Anarchisten, die demnächst vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Die Katalonisten lassen demnächst in Madrid ein Blatt erscheinen, um ihre Bestrebungen zu veröffentlichen. Der Madrider „Pais“ rät der Regierung, Katalonien die Selbstverwaltung zu gewähren, weil neue Wirren mit dessen Annektierung durch Frankreich endigen dürften. Auch Kriegsminister Weiler ist angeblich für diese Lösung. — Wie der „Frankf. Ztg.“ weiter noch berichtet wird, wurden die in Barcelona jüngst verhafteten Streiter wieder freigesetzt, nur die Anarchisten bleiben in Haft, 27 sollen nach Fernando de Oporto deportiert werden. Die militärischen Verstärkungen wegen nach ihren Garnisonen ab. Die Pressenzur bleibt jedoch vorläufig aufrecht erhalten.

Neue Unruhen sind in Sevilla ausgebrochen. Studenten waren dabei die Hauptverursacher. Als am Sonntag ein Straßenbahnwagen ein Hind überfuhr, welchem dabei ein Stein abgefahren wurde, warf die Volksmenge mit Steinen nach dem Wagen und veranlaßte dadurch in den Straßen Tumulte.

In der Waffenfabrik Trubia bei Oviedo fand eine furchtbare Explosion beim Gießen eines Riefenschützes statt. Fünfzig Tons Eisen zerplatzten. Drei Tode und zwanzig Schwerverwundete wurden vom Platz getragen. Es wurde ein enormer Schaden angerichtet, da auch Privatgebäude stark beschädigt sind. Die Ursache der Katastrophe ist bisher noch unbekannt.

Transvaal.

Vom südafrikanischen Kriegsschauplatz wird aus Pretoria gemeldet, Botha habe eine Armee im Carolinenstrich konzentriert. Der englische General Campbell wurde beim Rückzug auf Middelburg von starken Burentruppen mit vielen Geschützen sehr bedrängt, ebenso Smith-Dorrien. French habe immense Getreidefelder unbesetzt stehen lassen, die jetzt den Buren als Proviant dienen. Botha habe sehr günstig an Krüger über die Lage Bericht erstattet; die Burenregierung sei nördlich von Pretoria überall anerkannt. Schalk Burgher erhielt Befehl neue Banknoten im Werte von einer Million Pfund Sterling auszugeben.

Nach einem Telegramm des „Standard“ aus Pretoria vom 10. Mai beläuft sich die noch im Felde stehende Gesamtarmmacht der Buren auf 16500 Mann, trotz aller Niederlagen und Verluste in der letzten Zeit. Der Feind schloß sich aufs neue zu Kommandos von wesentlicher Stärke zusammen, namentlich in dem Dreieck, das der Osten Transvaals bildet, und im Westen. Die Buren haben auch noch Geschütze und Munitionsvorräte.

„Daily Mail“ erfährt aus Pretoria, Dewet habe seine Operationen wieder aufgenommen, er soll den Vaal wieder überschritten haben und mit über 2000 Mann in Transvaal eingedrungen sein.

Der aus Südafrika zurückgekehrte General Hector Macdonald, Kommandeur der Hochländer-Brigade, sagte einem Vertreter der Presse, es sei überaus schwierig, die Widerstandskraft der Buren wirksam zu brechen, weil sie gelegentlich im Stande sind, britische Trains wegzunehmen. Der eigentliche Krieg sei nahezu vorüber, aber das Ende des Guerillakrieges lasse sich noch nicht absehen.

China.

Vom Chinawirwar. Zur Sühne für die Missetaten in Tschuichau hat der Kaiser von China eine Reihe von Strafen durch ein kaiserliches Edikt vom 4. Mai verhängt. Der Gouverneur von Tschekiang Linshutang und der Taotai General Bao werden ihrer Ämter entsetzt, Jungtsching, der Schachmeister der Provinz, wird zu lebenslänglicher Zwangsarbeit an den Poststraßen und der Hauptmann der Leibgarde Tschoujotes zum Tode durch Enthauptung verurteilt. In Schanghai wird diese Sühne für nicht genügend gehalten. In einer „Times“-Meldung heißt es: Die milde Bestrafung der hohen Mandarinen ist durchaus keine angemessene Vergeltung für die brutale Hinordnung britischer Männer, Frauen und Kinder, und man ist hier in Schanghai empört darüber, daß die wirklich Schuldigen der Bestrafung entgehen. — Aus Petersburg wird berichtet, dem Fürsten Nchtomsky werde aus China gemeldet, daß sich in der Mandchurie neuerdings abermals eine starke Gährung unter den Chinesen bemerkbar mache.

Südbad und Hamburggebiete.

Dienstag, den 14. Mai.

Gleiches Recht für Alle? Bekanntlich wurde bei der diesjährigen Kaiserfeier, wie auch schon früher, seitens des hiesigen Polizeiamts den am Ausmarsch beteiligten Korporationen innerhalb der Stadt die Musikbegleitung untersagt. Recht eigentümlich berührte es uns nun am verflochtenen Sonntag, als wir die Wahrnehmung machten, daß die hiesigen Kriegervereine mit klingelndem Spiel durch die Hauptstraßen unserer Stadt zu ihrem Verbandsfest nach Israelsdorf zogen. Hier hat also das Polizeiamt die Genehmigung erteilt. Und warum nicht den maßgebenden Arbeitern???

Zur Lohnbewegung der Schauerleute. In der am Montag stattgefundenen Versammlung erstattete die Lohnkommission Bericht über die Verhandlungen mit den

Mehereien. Letzterer habe sich nochmals zu einer Unterhandlung bereit erklärt, und schließlich u. A. folgende Zugeständnisse gemacht: Erhöhung des Ueberstundenlohnens an Werktagen auf 60 Pf. (früher 50 Pf.), an Sonntagen auf 75 Pf. (früher 60 Pf.), sowie Einräumung einer viertelstündigen Pause um 10 Uhr. Charakteristisch ist die Aeußerung des Vorsitzenden des Mehereivereins, Herrn Lange, der da meinte, wenn die Arbeiter sich denken, den Mehern immer Vorschriften machen zu können, dann würden die Letzteren es auf eine Kraftprobe ankommen lassen; der Schutz des Gesetzes stehe ihnen zur Seite. Die Lohnkommission verhalte sich völlig neutral und überlasse die Entscheidung den Versammelten. Nach längerer Debatte wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung beschließt: Trotz der Zugeständnisse betr. die Ueberstunden und Sonntagsarbeit an dem geforderten Lohnsatz von 4,30 Mark festzuhalten.

Ueber eine merkwürdige Art von Leibeigenschaft, der die Lehrer unterworfen sind, berichten mecklenburgische Blätter in folgender Notiz: „Der Lehrer B. in Karlow bei Schönberg siedelte zum Sommersemester bei Zahlung einer Abfindungssumme von 1250 Mk. nach Lübeck über.“ Auf eine Anfrage nach der besonderen Natur dieser Abfindungssumme lautete die Aufklärung: Während bis zu Ende der 80er Jahre in Mecklenburg-Sireß für die ersten fünf Jahre nach dem Abgang vom Seminar ein Lösegeld von 450 Mk. verlangt werden konnte, ist die Sache jetzt anders geregelt. Auswanderung in den ersten fünf Jahren nach dem Abgang vom Seminar ist nicht gestattet; vom sechsten bis zehnten Jahre erlaubt nach Zahlung von zunächst 1500 Mk., welche Summe mit jedem Dienstjahre um 300 Mk. verringert wird! — Herrliche Zustände.

r. Ordstrankentasse. Ueber die am Sonnabend Abend stattgehabte außerordentliche Generalversammlung geht uns unsern Leserkreis folgender Bericht zu: Für einen Arbeiter, der weiß, wohin er im öffentlichen Leben geht, ist es betrübend, wenn er sehen muß, wie seinegleichen immer noch glauben, daß sie durch Ändern beim Beitrag für ihre Gewerkschaft oder für sonst ein im Interesse der Arbeiter gegründetes Institut eine That im eigenen Interesse begehen. Während es doch augenblicklich ist, daß das aufgebracht Geld immer wieder auf diese oder jene Weise den Mitgliedern zu Gute kommen muß, ist der Aberglaube, daß der betreffende Vorstand immer Erhöhung der Beiträge nur vor schlägt, um im Gebrauche zu können, nicht ausgerottet. Wenn nun bei unserer Ortskrankentasse der Vorstand unter Beibringung der rechnerisch stichhaltigsten Gründe eine Beitragserhöhung beantragt und die Generalversammlung lehnt diesen Antrag ab, so kann man sich, sollten die Generalversammlungsvertreter sich in ihren Entschlüssen so weit zu bewegen, nur den trübsten Hoffnungen für die Zukunft hingeben. In der ordentlichen Generalversammlung wurden zwei Resolutionen angenommen, die eine verlangte: Der Vorstand soll Mittel und Wege suchen die Arztkosten zu vermindern, die andere verlangte, daß die freie Arztwahl in die Wege geleitet werde. Für jeden in Krankentassenangelegenheiten zwei Beschlüsse, die sich so diametral gegenüberstehen wie Feuer und Wasser. Wie der Vorstand diese Beschlüsse erledigen soll, ist uns unbekannt. Wenn wir nun, um auf die beantragte Beitragserhöhung zurückzukommen, noch nicht an die von einer Seite angebotene Verminderung der statutenmäßigen Leistungen denken, so ist unseres Erachtens der Vorstand und die Verwaltung, wenn dieselben ihre Pflicht und Schuldigkeit thun wollen, unter den obwaltenden Umständen gezwungen, die Kontrolle nach allen Seiten hin schärfer zu handhaben, was wiederum zu den schon oben erwähnten Anlässen geben wird; sodann werden die jetzigen Gesetze und Statutbestimmungen, welche dem Vorstand in außerordentlichen Fällen gewisse Vollmachten bei Bewilligung zu Gunsten der Mitglieder geben, nicht mehr in so gentiler Weise gehandhabt werden können wie bisher und — die Erhöhung der Beiträge kommt trotz alledem doch. Der letzte strenge Winter hat an die Widerstandsfähigkeit der Körper der Lübecker Arbeiter Anforderungen gestellt, die sich unbedingt in den Etats sämtlicher hiesigen Krankentassen zeigen werden. Dazu kommt der Mangel an Arbeitsgelegenheit, der leider noch bis jetzt andauert. Sorgen und Entschädigungen sind keine gesundheitsfördernden Elemente, aber Ursachen eines chronischen Defizits bei den Krankentassen. Doch kommen wir zur Generalversammlung. Als erster Punkt der Tagesordnung nahm die Versammlung eine nochmalige Wahl für die auscheidenden Vorstandsmitglieder aus der Klasse der Arbeiter vor, da die erstmalige Wahl wegen eines Vertriebens für unzulässig erklärt werden mußte. In Stelle Seemanns wurde Sommerfeldt in den Vorstand gewählt. Als Ersatzvertreter Borahöb, Böwig, Holzappel, Feddern. Der zweite Punkt: Dem Vorstand erteilte eine ausgedehnte Debatte. Der Vorstand hatte in der ordentlichen Generalversammlung wegen Aenderung in der Zahl der Beamten eine Erhöhung der Kosten des Besoldungsplanes um rund 1800 Mk., beizugleich in Folge Alterszulagen bis 2200 Mk., beantragt. Die Generalversammlung glaubte ein Uebrigbleiben zu müssen und bewilligt dem ganzen Beamtenplan eine zehnprozentige Gehaltszulage, eine Mehrbelastung der Kasse um rund 5000 Mk. Der Vorstand konnte unter Berücksichtigung der prekären finanziellen Lage der Kasse diesem Beschlusse nicht beitreten und unterbreitete deshalb der außerordentlichen Generalversammlung einen neu gerechneten Etat. Der alten Beamten eine kleine Erhöhung brachte. Diese lehnte jedoch Alles ab und nahm dafür einen Antrag an, der den ursprünglichen Plan des Vorstandes etwas modifiziert und außerdem den vier Klassenboten eine Gehaltserhöhung von 100 Mark bringt. Die G. V. hat sich also selbst fällig, was an und für sich in unseren Augen kein Fehler, der aber zu vermeiden war, wenn die Vertreter der maßgebenden Abteilungen vor der Versammlung unter Hinzuziehung der ihnen angehörenden Vorstandsmitglieder Besprechungen abhalten und Stellung zu den einzelnen Fragen, welche auf der G. V. angesetzt werden, genommen hätten. Es können dann auch solche sich widersprechenden Resolutionen, wie sie oben angeführt sind, niemals das Licht der Welt erblicken. — Der dritte Punkt der Tagesordnung betraf den Antrag des Vorstandes auf Erhöhung der Kassenbeiträge. Der Vorstand mußte in Folge des finanziellen Standes der Kasse, wenn anders er sich nicht einer groben Pflichtvergeßlichkeit schuldig machen wollte, mit einer solchen Vorlage kommen. Schon die Kassenabrechnung im Jahre 1899 war wenig zufriedenstellend. In Folge der Influenza-Epidemie in dem ersten Monat desselben Jahres war am 1. April ein Defizit von circa 13000 Mark vorhanden. Inzwischen die günstigen Monatsabläufe des 2. und 3. Quartals ermöglichten es, daß am Jahresschluß noch 10000 Mk. an dem Reservefonds abgeführt werden konnten. Damit hätte derselbe ca. 13000 Mk. hinter der gesetzlichen Höhe zurück. Im Jahre 1901 haben die ersten Monate in Folge des strengen Winters und der bedeutenden Arbeitslosigkeit nur Defizit gebracht und zwar

Januar	4468,30 Mark
Februar	6503,17
März	8945,32

in Summa 1916,79 Mark Defizit im ersten Quartal. Der Monat April, dessen genaue Betriebsergebnisse noch nicht vorliegen, dürfte mit Rücksicht auf das Minus der eingegangenen Beiträge mit einer Unterbilanz von wenig unter 10000 Mark abschließen. Außerdem sind die Erhöhung der per-

sönlichen Verwaltungskosten mit ca. 2000 Mark und die Mehrkosten der im Krankenhaus Untergebrachten nach Erhöhung des Tarifs auf ca. 4000 Mark zu schätzen, so daß wenig Aussicht vorhanden ist, durch Ueberschüsse in den nächsten Monaten auch nur annähernd das Defizit zu decken. Der Vorstand beantragte deshalb die Beiträge wieder in der Höhe wie im Jahre 1893 und 1894 zu erhöhen, um die Kasse vor allen Eventualitäten zu schützen, und namentlich zu verhindern, auf Erfordern der Aufsichtsbehörde die Kassenleistungen herabsetzen zu müssen. Bei der Abstimmung, die eine getrennte war, stimmte die Abtheilung der Arbeitgeber geschlossen für Erhöhung der Beiträge, während die Arbeitnehmer den Antrag des Vorstandes mit 41 gegen 33 Stimmen ablehnten. Unter Verschiedenem wurden einige nebensächliche Sachen erörtert. Auffällig war dabei, daß Vertreter, welche gegen eine Erhöhung des Beitrags stimmten, bei diesem Punkt der Tagesordnung mehr Kassenärzte verlangten. Der Vorstand würde seine Aufgabe schlecht erfüllt haben, wenn er auch nach dieser Richtung hin die Kasse noch mehr belasten würde. Schluß der Versammlung nach 2 Uhr Morgens.

Der fünfte Bundesturntag des Arbeiter-Turnerbundes findet an den beiden Pfingsttagen in Harburg a. d. E. in der „Burg Blankenburg“ am Engelbeck statt. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1) Bericht des Bundesvorstandes. 2) „Arbeiter-Turnzeitung“. 3) Arbeiter-Turnerbund und Preisturnen. 4) Sport, Athletik und Turnerei. 5) Bundesstatut. 6) Neuwahlen und 7) Sonstige Anträge und Verschidenes.

Verein für Gesundheitspflege. Man schreibt uns: Wir wollen nicht verfehlen, auf die am Mittwoch-Abend in der „Bauhütte“ stattfindende Monats-Versammlung hinzuweisen. Außer der Berathung des Sommerfestes steht noch die Verloosung von drei Abonnementstücken zur Benutzung der Krähentich-Badeanstalt auf der Tagesordnung. Die Erledigung findet die Tagesordnung aber erst nach Beendigung der Unterrichtsstunde über erste Hülfe bei Unglücksfällen. Am Himmelfahrtstage findet für die tüchtigen Fußgänger und Fußgängerinnen eine Wanderung nach Blankensee statt. Ausreichende Verproviantierung des Einzelnen ist wegen der einfachen Verhältnisse unbedeutend von Nothen. Die zu machende Strecke hat eine Gesamtlänge von nahezu 21 Kilometern, der Rückweg mit Inbegriffen. Es ist höchst lobenswerth, daß der Verein seine Mitglieder nach Orten führt, die zwar nicht an der sonntäglichen Meerstrasse liegen, die sich aber durch ihre eigentümlichen, landschaftlichen Reize unbedingt als Wanderziel eignen. Sammelpfad ist der Mühlenthorandelaber. Abmarsch 2 1/2 Uhr präzis.

Die Fahnenweihe der hiesigen Sektion Lastarbeiter des Verbandes der Hafenarbeiter, die am Sonntag im Vereinshaus begangen wurde, hatte sich einer außerordentlich guten Theilnahme seitens der hiesigen Arbeiter-schaft zu erfreuen. Die Hamburger Arbeiter, Ewerführer, Schauerleute und Stadtarbeiter, sowie die Harburger Ewerführer hatten Delegationen mit ihren Bannern entsandt; außerdem war eine ganze Reihe hiesiger Gewerkschaften mit ihren Fahnen erschienen. Insgesamt war der Saal mit 34 Fahnen und Bannern geschmückt. Die Festrede hielt an Stelle des verhinderten Genossen Döring Genosse Wahrlich-Hamburg. Das Fest verlief in ausgezeichnete Weise und erst beim Anbruch des neuen Tages trennten sich die letzten Festtheilnehmer.

Leichenfund. Bei Legau suchte man am Freitag die Leiche eines etwa 50 jährigen Mannes aus der Trave; ein anwesender Angler erkannte in derselben den seit zirka 14 Tagen verschwundenen Maurer C. von hier. Bei der Frau des Verstorbenen eingezogenen Erkundigungen ergaben die Bestätigung dieser Annahme. Da die Leiche schon stark in Verwesung übergegangen war, wurde sie sofort eingezogen und am Montag Nachmittag in Genit der Erde übergeben.

Uebersicht der Geborenen und Gestorbenen in der Stadt Lübeck im Monat April 1901. Geboren sind 230 Kinder, davon 132 männlichen, 98 weiblichen Geschlechts, todgeboren 4 Knaben, 1 Mädchen. Gestorben sind 67 Personen männlichen, 57 weiblichen Geschlechts, in Summe 124. Demnach Ueberschuss an Geburten 65 resp. 41, insgesammt 106. Auf 1000 Einwohner waren 33,50 Geburten, 18,06 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Gestorbenen waren alt bis zu 1 Jahre 32 von 1—5 Jahren 7, bis zu 10 Jahren: 7, bis zu 15: 0, bis zu 20: 4, bis zu 30: 7, bis zu 40: 8, bis zu 50: 9, bis zu 60: 9, bis zu 70: 18, bis zu 80: 16, bis zu 90: 7, über 90 Jahre: 0. Die Todesursache war Diphtherie in 2, Keuchhusten in 1, Tuberkulose in 13, Lungenerkrankung in 10, entzündliche Krankheiten der Athmungsorgane in 16, Magen- und Darmkatarrh, Durchbruchfall und Atrophie der Kinder in 6, Folgen des Wochenbetts in 2, Krebs in 8, angeborene Lebensschwäche in 6, Altersschwäche in 6, Unglücksfall in 1, Selbstmord in 1, Gelenkrheumatismus in 1, Herzleiden in 4, Krämpfe in 5, Nierenleiden in 4, Wasserhust in 1, Schlagfluß in 9, Tubus in 0, Masern in 1, Scharlach in 0, Milzbrand in 0, sonstige Krankheiten in 18, unbekannt in 9 Fällen. Von den Gestorbenen entfielen auf die Stadt 55, Vorstadt St. Jürgen 14, St. Lorenz 27, St. Gertrud 10, die Krankenanstalten 18.

Öffentliches Schlachthaus. Im April 1901 wurden geschlachtet: 112 Ochsen, 64 Bullen, 363 Kühe, 583 fette Kälber, 846 magerne Kälber, 69 Lämmer, 13 Ziegen, 2219 Schweine, 367 Schafe, 44 Pferde, zusammen 4660 Thiere, gegen 4627 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Beanspruchungen fanden statt: A. Bei lebenden Thieren: keine. B. Bei geschlachteten Thieren: 1) Ungeeignete zur menschlichen Nahrung sind befunden, mit Beschlag belegt und vernichtet: 1 Kuh wegen Tuberkulose und Phlegmie, 1 magerne Kalb wegen Tuberkulose, 1 Schwein wegen Tuberkulose und Abzehrung, 2 magerne Kälber wegen mangelhafter Ausbildung. 2) Im Dampf-Desinfektor wurden 1 Kuh, 7 Schweine, 241,5 kg. Rindfleisch, 7,5 kg. Schweinefleisch wegen Tuberkulose getodet. Bei den übrigen geschlachteten Thieren sind 618 einseitig erkrankte Organe beschlagnahmt und unschädlich beseitigt worden. 2199 kg. Fleisch auswärts geschlachteter Thiere wurden im Schlachthaus untersucht. 1 Lunge, Leber und Milz vom Pferd wegen Entzündung und verdorbenen Beschaffenheit und 1 Rinderdarm wegen verdorbener Beschaffenheit wurden vernichtet. Im Monat April wurden 7791 kg. Fleisch unterzucht.

Das Arbeitersekretariat
Johannisstr. 46
ist geöffnet an Wochentagen von 12 bis 2 Uhr und von 6 bis 7 1/2 Uhr, an Sonntagen von 11 bis 1 Uhr.

* Kleine amtliche Nachrichten. Das Konkursverfahren über den Nachlaß der verstorbenen Ehefrau M. Zibel,

geb. Hochhausen in Lübeck ist nach Stattfinden der Schlußverteilung aufgehoben worden.

Aus der Arbeiterbewegung der Nachbargebiete.
Die streikenden Maurer in Neubrandenburg erklärten sich zur Wiederaufnahme der Arbeit unter den alten Bedingungen bereit. Die „Scharmacher“ lehnten dieses Angebot ab und wollen allem Anschein nach über die Streikenden, die es gewagt haben, sich gegen das allgewaltige Kapital aufzulehnen, die Hungerpeitsche schwingen. Selbst bürgerliche Blätter verurteilen dieses Vorgehen auf das Schärfste. — In der Lohnbewegung der Schauerleute Hamburg scheint eine Einigung vor dem Gewerbegericht zu Stande zu kommen. — Eine partielle Arbeitsniederlegung fand am Montag an den Neubauten der Landingspontons in Hamburg statt. Eine durchaus berechnete Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro Stunde wurde den dort beschäftigten Erdarbeitern abgelehnt, worauf 11 Mann den Arbeitsplatz verließen. — Der Streik der Kupferschmiede Hamburg hat keine Aenderung erfahren. Arbeitswillige sind bisher nicht eingetroffen. Pünktlich dieses Streiks beschloffen die Berliner Kupferschmiede, allwöchentlich 260.— Mk. nach Hamburg zu senden und den Arbeitsnachweis der Metallindustrie zu meiden. — Vom Malerstreik in Bremen wird berichtet, daß die Situation unverändert ist. Ein großer Teil der Streikenden ist abgereist. Das Umernehmen droht mit Ausperrungen. Der dortige Schneiderstreik ist dauernd unverändert fort, infolge Ablehnung dreier von den Meistern nicht acceptierter Forderungen der Gehülften. Ueber die übrigen Forderungen war bereits eine Einigung erzielt. 150 Schneidergehilfen sind Montag Morgen abgereist.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Vom Blick erschlagen wurde in der Nähe von Dömitz der Landbriefträger Fyde auf seinem Dienstgange. Der Verstorbene hinterläßt Frau und 2 Kinder. — Der Postmeister in Uetersen (Holstein) vertritt sich über seine Amtsversetzung nach Marne mit dem Ausspruch, daß es an letzterem Orte nicht so viel Sozialdemokraten gäbe. Der süße Trost ist also dem Herrn Postmeister noch geblieben. — In Hamburg wurde am Sonntag Nachmittag ein vierzehnjähriges Mädchen von einem Motorwagen der elektrischen Straßenbahn überfahren und schwer verletzt. — Durch eine Feuerbrunst ist am Sonnabend der erst vor Jahresfrist durch Blitzschlag eingestürzte Hof eines Husars in Finkenwärder bei Hamburg vernichtet worden. Es verbrannten auch 1500 Garben Dachreth. — Weil das Rhedereigenschaft gar so schlecht ist, kaufte die Hamburg-Amerika-Linie die zwischen New-York und Westindien verkehrende Atlas-Linie an. Wieder ein Schritt näher zur Welt Herrschaft. — Das Seeamt in Hamburg erklärte den Hamburger Schooner „Arima“, der am 2. Mai v. J. mit Ladungsgütern von Dago nach Manapi abging und nicht wieder gesehen wurde, als verschollen.

Hamburg. Die Unzulänglichkeit der hiesigen Schulverhältnisse hat sich kürzlich bei Beginn des neuen Schuljahres gezeigt, als sich herausstellte, daß für etwa 4000 Kinder in den hiesigen Volksschulen kein Platz ist. Infolgedessen ist für diese 4000 Kinder ein Nachmittagsunterricht eingerichtet, während im Allgemeinen nur der Morgenunterricht besteht. Daß solche Maßnahmen zu großen Unzulänglichkeiten für die Kinder führen, liegt auf

der Hand; während der Morgenunterricht 4 Stunden umfaßt, währt der Nachmittagsunterricht nur 3 Stunden. Die von der Oberschulbehörde angeführte Entschuldigung, daß die Zahl der neu eintretenden Kinder erst durch die Anmeldung derselben erfahren habe, ist hinfällig. Wird doch auf Grund der Stände- und sonstigen Register seitens der Polizei eine genaue Kontrolle über die in die Schulpflicht eintretenden Kinder ausgeübt, so daß es nicht möglich ist, ein Kind der Schulpflicht zu entziehen. Auf demselben Wege ist aber auch lange vor Beginn des Schuljahres festzustellen, wie groß die Zahl der in jedem Jahre schulpflichtigen Kinder ist. In einer Stadt wie Hamburg sollte ein derartiges Vorkommniß nicht gut möglich sein; aber auch hier „mangelt“ es an Geld, wenn es sich um Kulturzwecke handelt, bei Kaiserbesuchen und ähnlichen Festlichkeiten ist allerdings von diesem „Geldmangel“ nicht viel zu merken. — Theure Schulkinder besitz zweifellos zur Zeit unser Staat. Die unweit der Elbmündung liegenden hamburgischen Insel Neuwerk hat trotz ihres verhältnismäßig großen Umfangs nur etwa 10 bewohnte Gebäude, für diese Bewohner mußte wegen der völligen Abgeschlossenheit der Insel eine Volksschule eingerichtet werden, deren Unterhaltungskosten inklusive Lehrergehalt sich auf über 2000 Mk. pro Jahr belaufen. Da nun gegenwärtig auf der Insel nur 4 schulpflichtige Kinder vorhanden sind, so kostet jedes Kind dem Staat reichlich 500 Mk. Die Reversoite dieses Blattes findet der Leser in der oben gekennzeichneten Unzulänglichkeit der Hamburger Schulverhältnisse.

Sie kaufen getragene Herrenkleider sehr gut und preiswerth bei Ad. Pohl, Schneider, Mariesgrube 40.

Für die uns von Freunden und Bekannten zu unserer Silbernen Hochzeit gemachten Geschenke, Gratulationen und Glückwünsche sagen wir hiermit unsern wärmsten Dank. W. Mätk u. Frau.
Ein freundliches Begrüß zu vermieten
Ludwigstraße 15.

Ein Barbiergehilfe
zu sofort gesucht. 20 Mark Wochenlohn.
Anton Grewe, Barbier,
Fadenb. Allee 55a.

Kortagehalter ein kleines Haus zu verkaufen. Preis 3200 Mk.
Näheres in der Exped. d. Bl.

Ein guterhaltener Kinderwagen
zu verkaufen. Georgstraße 14.

Ein Sopha Tisch zu verkaufen.
Näheres Ludwigsstr. 71. 2. Et.

Arub- und Verbohnen
zu verkaufen. Morge, Sümpstraße 29.
Eine Versteigerung

schöne Möbelen
a. 20 Stk., von 5 Stk. zu 2 Stk. 15 Pfg.
H. H. Jaseks, Untertrave 114.

Fussboden-Oel
schnell trocknend und höchst empfindlich
Gust. Glöde, Karstenstraße 26

Steinkohlen-Theer
Holz- and Carbolinum
empfehlen
Gust. Glöde, Karstenstraße 26.

Farben, trocken und freischertig
empfehlen
Gust. Glöde, Karstenstraße 26.

Paßt
zu rasiren und die Haare schneiden bei
Anton Grewe, Fadenb. Allee 55a.
Näheres 10 Pfg.
Haarschneiden 30 Pfg.

Möbel-Fabrik
Mütze & Stech, Lübeck.
Empfehlen:
Polstermöbel, Journale u. lackirte Möbel,
Spiegel, Stühle, Matten etc.
Zweiter Verkauf an Privats in der Fabrik
Moislinger Allee 60.

Max Regel's
Socialdemokratisches
Liederbuch.
Preis 40 Pfg. Preis 40 Pfg.

Die
deutsche Gewerkschaftsbewegung.
Von C. Legien. Preis 20 Pfg.
Die
Genossenschaftsbewegung.
Von A. v. Kna. Preis 20 Pfg.
Von
Gotha bis Witten.
Von J. Aner. Preis 20 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Heute fiel der Hauptgewinn
Mk. 10000
auf Nr. 1317
7. Klasse Lübecker Lotterie
in meine Haupt-Collecte.
Lübeck, den 13. Mai 1901.
Paul Würzburg.

Engelsgrube 33 **H. Mohr** Schwöbelenquerstr. 1
Möbel-Ausstattungs-Geschäft
empfehlen
grosses Lager in **Möbelen**, einfach und elegant.
Großartige Auswahl. — Dauerhafte Arbeit. — Billige Preise.
Verkauf auf Wunsch auch auf Theilzahlung. Ansicht gerne gestattet.

Seiden-, Filz- und Strohhüte
in grösster Auswahl
zu besonders billigen Preisen.
Johs. Tralow, Wahnstraße 11.

Meinen werthen Freunden und Gönnern zur Nachricht, daß ich das von mir früher als Geschäftsführer geleitete, jetzt neu renovirte
Vollert'sche Restaurant, Schlumacherstr. 14,
am Mittwoch den 15. Mai auf eigene Rechnung unter meiner Firma eröffne. Zudem ich für gute Speisen und Getränke stets Sorge tragen werde, zeichne
hochachtungsvoll
Friedrich Schulz.

Prima geb.
Fahrräder
in großer Auswahl von Mk. 40 an. Neue
Räder von Mk. 135 an. Reparaturen und
sämtliche Zubehörtheile billigst.
O. Störzner
Hüßstraße 54,
früher Johannisstraße 33.

Streich- * Oelfarben
S * fertige
genau nach Muster,
pa. **Fußbodenglanz-Oel**
schnell trocknend, ohne nachzutrocknen,
alle ins Wasser schlagende Artikel
wie auch Carbolinum, empfiehlt
Hans Fock
Hansa-Drogerie, Fadenb. Allee 10.

W. Masse
Kohlmarkt 8. — Markt 5.
Glas-, Porzellan- und Steingutwaaren.
Lampen.
Vollständige
Haus- u. Küchen-Einrichtungen.
Preisgewinne
für Clubs und Vereine.
Mäßige Preise.

Fußboden-Oel
Fid. 50 Pfg.
Fußbodenglanz-Oel
trocknet sehr schnell, Fid. 60 Pfg.
Joh. Nagel, Engelsgr. 51.

Gewerkschaftsbrauerei.
Dem Publikum hierdurch zur Kenntniß, daß jetzt
regelmäßig **Montags, Mittwochs und**
Freitags Abend von 5—9 Uhr
in der Brauerei **Hüßstraße**
Eimerbier
verkauft wird.
Die Geschäftsleitung.

Fluss-Bade-Anstalt St. Lorenz.
Eröffnung der Anstalt
am Donnerstag den 16. Mai.

Verein für Gesundheitspflege
und Naturheilkunde.
Monats-Versammlung
am Mittwoch den 15. Mai
Abends 8 1/2 Uhr
in der Bauhütte, Fischstraße 9, I.
T. O.: 1. Fortsetzung des Samariter-
kursus. 2. Besprechung des Sommer-
festes. 3. Erörterung des Jahresberichtes
vom Kinderhospital. 4. Verloosung von
3 Bade-Abonnements.
Donnerstag den 16. Mai:
Wanderung nach Blankensee
(21 Km.) Abmarsch 2 1/4 Uhr vom
Mühlenthor-Candelaber.

Achtung Maler!
Wegen des Feiertages findet unsere
Versammlung
am Mittwoch den 15. Mai
Abends 8 1/2 Uhr
im **Vereinshaus, Johannisstr. 50/52.**
statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
Der Vorstand.

Gegen den Arzneiwucher.

Der Kampf, der in Berlin zwischen Krankenkassen und Apothekern entbrannt ist, ist in seinem inneren Wesen ein Kampf gegen den Arzneiwucher. Wie die Zentralkommission der Krankenkassen Berlins und der Vororte festgestellt hat, müssen die Krankenkassen und in ihnen die minder bemittelten Schichten der Bevölkerung für ihren Arzneibedarf höhere Preise zahlen, als die Privatkunden der Apotheker. Eine Probe hat ergeben, daß 80 verschiedene Mittel, auf Kassenrezept bezogen, 40,57 Mark, dagegen privatim entnommen, nur 24,20 Mark kosteten. Im letzten Berichtsjahre betragen die Arzneikosten auf den Kopf des Versicherten 3,77 Mark.

Die Zentralkommission berief nun verschiedene Versammlungen von Kassenvertretern ein, die sich darüber einig waren, daß es Pflicht der Berliner Krankenkassen sei, einen Rezepturrabatt zu fordern und im Nothfalle sich zu erkämpfen. Wie berechtigt diese Forderung ist, geht u. A. daraus hervor, daß der Regierungspräsident des Bezirks Arnberg in einer Verfügung vom November 1900 einen Rezepturrabatt von 10—15 Prozent „mit Rücksicht auf die erheblichen Gewinne, welche die Apotheken aus dem Massenverbrauch der Krankenkassen erzielen“, für angemessen bezeichnet und daß ferner der Apothekenbesitzer Steinmetz auf dem Hannoverischen Krankentage sogar erklärt hat, daß er einen Rabatt von 25 Prozent für angemessen erachte.

Trotzdem wiesen die Berliner Apotheker die Forderung eines Rezepturrabatts einfach zurück. Den Krankenkassen blieb nichts anderes übrig, als daß sie durch Kampf zu erreichen suchten, was gutwillig die Apotheker nicht gewähren wollten. Zu diesem Zwecke wurde beschlossen, die Lieferung aller derjenigen Drogen, Verbandstoffe, Weine u., deren Verkauf freigegeben ist, künftig ausschließlich den Drogengeschäften zu übertragen. Mit diesem ist bereits eine Preisliste vereinbart, deren Preise sehr erheblich hinter denen der Apotheker zurückbleiben. Dabei verpflichten sich die Drogisten, die Waaren in gleicher Güte zu liefern, wie die Apotheker, und sie unterstellen sich deshalb — neben der amtlichen Kontrolle, der sie ebenso, wie die Apotheker, unterliegen — noch einer besonderen Kontrolle durch eine Kommission, welche zu gleichen Theilen von den Kassenvorständen und vom Vorstande der Drogistenvereinigung gewählt wird. Zur Lieferung der eigentlichen „Apothekerwaaren“ — derjenigen Mittel, deren Verkauf den Apotheken gesetzlich vorbehalten ist — sollen künftig nicht mehr alle Apotheken, sondern nur 50—60 über Berlin zerstreut, zugelassen werden. Um in dem Kampfe zum Siege zu gelangen und den Ring der Apotheker zu sprengen, ist natürlich die eifrige Unterstützung der Zentralkommission durch die Kassennmitglieder nöthig. Das Vorgehen der Zentralkommission ist durchaus gesetzlich, denn der § 26 a des Krankenversicherungsgesetzes giebt den Kassen das Recht, die Lieferung von Arzneien bestimmten Apotheken zu übertragen und die Bezahlung der durch Inanspruchnahme anderer Apotheken entstandenen Kosten, abgesehen von dringenden Fällen, abzulehnen. Unter diesen Umständen wird es den Apothekenbesitzern wenig nützen, daß sie beschlossen haben, daß auch die nicht zugelassenen Apotheken ruhig Recepte der Krankenkassen anfertigen und daß die Recepte dann dem nächsten zugelassenen Apotheker zur Einziehung des Honorars überwiesen werden. Die Kassenvorstände können eine Honorirung solcher Recepte verweigern. Dazu kommt, daß nach § 300 des Strafgesetzbuches Apotheker, die die Recepte einem anderen zeigen, sich strafbar machen. Es werden nach diesem Paragraphen Apotheker, die Unbefugten Privatgeheimnisse offenbaren, die ihnen kraft ihres Standes anvertraut sind, mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder Gefängniß bis zu 3 Monaten bestraft. Allerdings tritt die Verfolgung nur auf Antrag ein.

Ein weiterer Beschluß des Apothekerverbandes, wonach

die zugelassenen Apotheker 60 Prozent ihrer Einnahme aus Krankenkassenrezepten dem Verbande zur Vertheilung an die übrigen Apotheker zu überweisen haben, mag ja für das Solidaritätsgefühl der Apotheker ein gutes Zeugniß sein, beweist aber andererseits auch, welche riesenhaften Gewinne ihnen aus den Kassen erwachsen und spricht somit für die Berechtigung des Vorgehens der Zentralkommission.

Um ihren Bestrebungen zum Siege zu verhelfen, hat sich die Kommission mit einem Aufruf an die Bevölkerung gewandt. Am Mittwoch fanden öffentliche Versammlungen statt, in denen die Vertrauensärzte der Zentralkommission referirten. Folgende Resolution wurde angenommen:

Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten durchaus einverstanden; sie verpflichtet sich, den von der Zentralkommission bezw. den Krankenkassen unternommenen Kampf nach besten Kräften zu unterstützen. Die Versammlung protestirt ganz energisch gegen den Wucher, welcher in Deutschland und vorzugsweise in Berlin zum Schaden der Gesamtbevölkerung und insbesondere der Krankenkassen seitens einer kleinen privilegierten Interessengruppe mit Arzneien getrieben wird. Die Versammelten verpflichten sich:

1. Alle für den Handverkauf freigegebenen Heilmittel und Arzneien für sich und ihre Familien nur aus Drogengeschäften, die nicht freigegebenen nur aus den zur Kassenlieferung zugelassenen Apotheken zu beziehen, bis der Wucher beseitigt ist.
2. Für die Verstaatlichung der Apotheken und der Arztenschaft einzutreten.
3. Dahin zu wirken, daß in allen Krankenkassen auch Gelegenheit zur arzneilosen Heilweise geboten wird.

Soziales und Vortelleben.

Streiks und Lohnbewegungen. In der Cigarrenfabrik von Vardenwepel und Illing in Ohlau sind sämtliche Sortirer und Kistenmacher, 36 an der Zahl, ausgesperrt. — In der Brauerei von Döring in Löbtau legten wegen Arbeitsdifferenzen sämtliche Brauer, sieben Mann, die Arbeit nieder. — In Königsberg hat der rührige Verband der Handels-Hilfsarbeiter in mehreren Betrieben Lohnbewegungen ohne Streik erfolgreich für die Arbeiter zum Abschluß gebracht. Verloren ging in den letzten Wochen ein Streik, den die Arbeiter der Streichholzfabrik von Haurwih u. Co. unternahmen. Es fanden sich unerwarteter Weise in Leuten Streikbrecher, die früher in dem Betrieb beschäftigt waren und mit den komplizirten Maschinen Weisheit wußten. — In der großen Walzmühle bei Königsberg, einem riesigen Betrieb, der die Kleinmüllerei in Ostpreußen schnell zu Grunde richtet, ist ein Streik der Hilfsarbeiter ausgebrochen. Die Leute forderten eine Lohnzulage von 2 Pfg. die Stunde, die ihnen bei einer Lohnbewegung vor ungefähr Jahresfrist versprochen, aber nachher nicht gegeben wurde. Das Unternehmen vertheilte für das letzte Geschäftsjahr 13 Prozent Dividende. Im Streik stehen gegen 60 Mann. Die Mühle ist von einem starken Aufgebot von Gensdarmen besetzt. — In Jüterburg haben sämtliche 60 Arbeiter der Schaftefabrik von Heymann die Arbeit niedergelegt. Anlaß dazu bot die plötzliche Entlassung eines Arbeiters, den der Unternehmer im Verdacht hat, eine Notiz geschrieben zu haben, die im „Vorwärts“ über die Arbeitsverhältnisse in der Fabrik gebracht wurde. — In Tilsit resp. in Stolbeck bei Tilsit stehen mehrere hundert Schneidemühlener Arbeiter im Streik. Die Streikenden fordern einen Stundenlohn von 25 Pfg. Die Unternehmer bieten ihnen 20 Pfg. pro Stunde. Der Betrieb ruht auf allen Schneidemühlener Städtchen Magnit hinübergegriffen, wo die Arbeiter der Schneidemühlener, die noch schlechter bezahlt sind, wie die Tilsiter, ebenfalls in den Streik traten. In Tilsit finden Verhandlungen statt. — Die Bäckergehilfen in Darmstadt sind nach ergebnislosen Verhandlungen mit

den Meistern in den Streik getreten. Die Gesellen verlangen Lohnsätze von 19—26 Mark die Woche. Im Auslande befinden sich 170 Gesellen. — In Mannheim sind die Barbier- und Friseurgehilfen in eine Lohnbewegung eingetreten; sie haben bereits Freitag sämtlich gekündigt. Die Gehilfen wollen vor allem das Trinkgeldentwesen und das Natural-Lohnsystem abgeschafft wissen.

Das Straffonto der deutschen Arbeiterbewegung wurde im Monat April 1901 nach den Aufzeichnungen des Parteivorstandes mit 1 Jahr 1 Monat 2 Wochen und fünf Tagen Gefängniß sowie 2940 Mk. Geldstrafe belastet.

Der „Vorwärts“ theilt mit, daß die Verwaltung des städtischen Sanatoriums Gütergoh bei Berlin, wo invalide Arbeiter untergebracht sind, den Pflöglingen sogar den Privatbezug des „Vorwärts“ unumgänglich mache, indem das Sanatorium einfach die Annahme der Zeitung verweigert. Eine solche Bevormundung ist wirklich ein starkes Stück und nur geeignet, die Abneigung der Arbeiter gegen die Rentenquetschen weiter zu steigern.

Die Arbeitszeugnisse der streikenden Straßenbahnangestellten in Halle waren von dem Direktor Delius dadurch gekennzeichnet, daß er die Namen auf dem Schein roth unterstrich. Auf erhobene Klage verfügte nach dem „Volksblatt“ das Amtsgericht die Ausstellung anderer Zeugnisse, da es in dem Unterstreichen des Namens ein Merkmal sah, was nach der Gewerbe-Ordnung unzulässig ist. Unbegreiflich ist, weshalb das Gericht keine Bestrafung des rachsüchtigen Herrn, der brave Familienväter arbeitslos machen wollte, verfügte. Nach § 113 der Gewerbe-Ordnung müßte eine Bestrafung erfolgen.

Die aufgelöste Zahlstelle der Glasarbeiter in Wienburg a. d. W. ist durch Gerichtsbeschluß wieder freigegeben, und damit gewiß zum Leidwesen des Herrn Glaskönigs Heje eine Korrektur der sehr eifrigen Polizeimaßnahmen erfolgt. Dagegen wurden die Leiter der Zahlstelle zu je 10 Mk. Strafe verurtheilt, weil vier Lehrlinge als Mitglieder dem Verband angehörten. Es waren dies junge Leute im Alter von 18 Jahren, von denen die Leiter der Organisation glaubten, sie ständen nicht mehr im Lehrlingsverhältnis.

Eine russische Maiseier. In der alten Festungsstadt Düna burg (Dwinsk), Gouvernemet Witebsk, kam es am 1. Mai zu einer gewaltigen Demonstration. Um 6 Uhr Abends füllten sich die Hauptstraßen mit riesigen Menschenmengen. Die Arbeiter der Säbholzfabrik Sachs u. Co. und verschiedener anderer kleinerer Etablissements zogen an der Spitze des Zuges, dem eine rotte Fahne mit der Inschrift: „Es lebe die Freiheit!“ vorangetragen wurde. In dem Zuge, an welchem Arbeiter und Handwerker verschiedener Nationalitäten theilnahmen, befanden sich auch viele Arbeiter, welche sich mit rothen Bändern geschmückt hatten. Unter dem Klängen revolutionärer Lieder und mit dem Rufe: „Nieder mit der Monarchie!“ zog die an 5000 Köpfen zählende Menge durch die Petersburger- und Rigaer-Straße zu dem Centrum der Stadt. Die Behörden waren schon vorbereitet. Bald erschienen Infanterie und Kavallerie, denen es gelang, einen Theil der Manifestanten in einer Straße zu umzingeln und dort Verhaftungen vorzunehmen. In 3 Gefängniß wurden bis 700 Personen abgeführt, von denen aber am anderen Tage 600 entlassen wurden. Die ganze Nacht zum 2. Mai waren die Straßen hell von den Fackeln der patrouillirenden Militärwagen. Niemand wurde geschont. Jeder, der in den Weg kam, wurde erbarmungslos niedergeschlagen. Die Polizei befürchtete eine Demonstration sogar in dem auf der anderen Seite der Düna in Kurland gelegenen kleinen Fleckchen Griva-Semgallen, wohin ebenfalls Militär geschickt wurde, das dort die Farbenfabrik besetzte. Zu Ausschreitungen kam es bei der Manifestation nicht, nur als das Militär die Demonstranten überfiel, wurden in dem Gewühl in einigen Häusern die Fenster eingeworfen.

Der Präsident.

Roman von Karl Emil Franzos.

(32. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Dann aber regte sich wieder diese Liebe in seinem Herzen. Er gedachte des gestrigen Abends, des Augenblicks, da er neben dem Freunde gestanden, während drinnen die Tausende drängten und die Luft durch ihre Hochrufe erzittern machten. . . . Ungestimmt stammte das Mitleid in ihm auf. „Was muß der Unglückliche in diesem Augenblick gelitten haben,“ dachte er. „Es ist ja ein Wunder, daß er nicht wahnsinnig geworden! Und was hat er auf seiner Reise nach Wien gelitten und lange Wochen vorher, als dieser Entschluß zuerst in ihm reifte!“

Er beugte sein Haupt. „Nichtet nicht, auf daß Ihr nicht gerichtet werdet,“ klang die Mahnung in ihm auf. Die Bitterniß schwand, und nur ein tiefes Weh erfüllte sein Herz: die Sünde hatte andere Sünde geboren, das Verbrechen ein anderes Verbrechen und neue Neue und Verzweiflung. Wie immer diese That zu beurtheilen war, was sich auch zu ihrer Verdammung, zu ihrer Entschuldigung sagen ließ: jene That, von der er einst geträumt, war es nicht, es war keine große, befreiende Lösung dieser Verwickelungen, sondern nur eben ein Ende, ein häßliches Ende! Denn wohl mochte dies Mädchen nun genug gelitten haben, daß ihr die Freiheit zu gönnen war und ein Aufringen zu neuem Leben, und wohl schleppte dieser Mann, wie er nun einmal war: redlich und rechtliebend bis zum Neuesten, die Strafe für seinen Frevel in seinem Gewissen fürs Leben mit sich fort, aber das Recht war gekränkt, und diesem Heiligsten konnte nie werden, was ihm gebührte. „Man soll ein Unrecht nicht durch Frevel sühnen wollen!“ hatte ihm Sendlingen einst gesagt — nun hatte er es doch gethan! „Sei getroffen,“ hatte er ihm später einmal zugerufen, „auch dem gekränkten Rechte soll jene Sühne werden, die ihm gebührt!“

Sie wurde ihm nicht, sie konnte ihm nicht werden — niemals — niemals!

Der Anwalt raffte sich auf und trat seinen bitteren Weg an. Als er das Amtsgebäude erreichte, trat eben der ehemalige Vizepräsident von Hoche, der seit mehreren Wochen bereits pensionirt war, aus dem Portal. Berger wollte mit kurzem Gruße an ihm vorbei, aber der alte Herr hielt ihn an.

„Was sagen Sie dazu?“ rief er. „Unerhört! Ich freue mich herzlich, daß das Malheur nicht unsern Sendlingen getroffen hat! Uebrigens dürfen Sie nicht glauben, daß ich es dem Herrn von Werner gönne. — Im Gegentheil, ich habe ihm soeben einen Rath gegeben — ha! ha! — der ihn aus aller Verlegenheit reißen dürfte. . . . Inquiriren Sie nur den Doktor Berger recht scharf, habe ich ihm gesagt, da kommen Sie am Sichersten hinter das Geheimniß, wer sie herausgeholt hat! Denn wie sich dieser Doktor Berger, habe ich ihm gesagt, für die Person interessirt hat, ist kaum zu sagen! Mich, den Vize-Präsidenten von Hoche, hat er einmal um ihretwillen einen Mörder genannt, auf Ehre, einen Mörder. . . . Ha! ha! nun haben Sie's.“

Berger war bleich geworden. „Mit solchen Dingen scherzt man nicht!“ fuhr er auf.

„Aber besser Doktor!“ — begütigte der Greis. „Uebrigens habe ich, natürlich ohne einen Verdacht gegen Sie zu hegen, Herrn von Werner wirklich gerathen, Sie förmlich und unter Eid als Zeugen zu vernehmen. Denn wer mit der Person etwas in Verbindung gestanden, werden doch Sie am Besten wissen. Und im Uebrigen: ein Protokollchen kann nie schaden! — ut aliquid fecisse videatur, verstehen Sie! Da sieht man doch oben, daß sich Werner auch rechte Mühe gegeben hat! Nun, adieu, lieber Doktor, adieu!“

Er ging. Berger schritt die Treppe empor. Sein Anliß war verstört, und ein jähes Entsetzen rüttelte seine Glieder. Daran hatte er nicht gedacht. . . . Was nun, wenn er

unter Eid genommen wurde? Konnte er auch dann sagen: „Ich habe keinen Verdacht, wer ihr behilflich gewesen!“ Konnte er einen Meineid schwören, die Weiden zu retten?! „Dann mag ihnen Gott gnädig sein, knirschte er, „ich kann ihnen nicht helfen.“

Er betrat den Korridor, der zum Bureau des Präsidenten führte. Die Vernehmung des Personals war eben beendet, doch standen einige Aufseher noch immer da und horchten andächtig auf der Ansicht, welche der schlaue Höbinger über den unerhörten Fall entwickelte. „Protektion!“ hörte ihn der Anwalt sagen, als er vorüberging, „Ihr Geliebter, der junge Graf, hat sie befreit!“ Schluchzend standen die beiden Wärterinnen der Krankenzellen daneben.

Berger trat ins Bureau, Baron Dernegg und der Kerkermeister waren bei dem Präsidenten. An einem Seitentische saß ein Schreiber; ein Kreuzfir und zwei unangebundete Kerzen standen neben ihm. „Endlich!“ rief ihm Werner entgegen. „Ich hat Sie ja so dringend, sofort zu kommen. Es ist ja kein Augenblick zu verlieren. . . . Zünden Sie die Kerzen an,“ rief er dem Schreiber zu.

„Aber das ist ja vielleicht ganz nutzlos!“ rief Dernegg. „Wissen Sie denn etwas von der Sache?“ fragte er den Anwalt.

„Nein!“ Heiser, fast unverständlich klang der Laut aus der gepreßten Kehle.

Werner stand ungeschlüssig. „Aber der Herr Doktor war ihr Verteidiger,“ sagte er, „und die Herren in Wien —“

„Sollen sehen, daß Sie sich Mühe gegeben haben!“ ergänzte Dernegg. „Aus Protokollen, in denen nichts steht, werden sie dies kaum erkennen. Wir haben jetzt Wichtigeres zu thun: Seit drei Stunden ist die Flucht entdeckt, und noch ist der Stadbrief nicht aufgesetzt und nach Wien und an die Grenzstationen telegraphirt. . . .“

Werner blickte noch immer ungeschlüssig nach den ange-

Aus Nah und Fern.

Kleine Chronik. Einen dreifachen Mord und Selbstmord verübte Sonnabend eine Kaufmannsrau in G r l i z. In einem Unfall von Geistesstörung vergiftete sie durch Leuchtgas ihre Kinder im Alter von neun, sechs und drei Jahren und sich selbst; ein zirkel drei Monate altes Kind ist am Leben geblieben. Der Ehemann befindet sich zur Zeit auf Reisen. — In der Schwurgerichtsverhandlung gegen den Arbeiter Müller in Berlin, der, wie wir mitgeteilt haben, angeklagt war, am 14. Oktober 1900 die Prostituierte Kerger in der Schulzendorferstraße ermordet zu haben, wurde Sonnabend das Urtheil gefällt. Der Wahrspruch lautete: Todtschlag ohne mildernde Umstände. Müller wurde zu 12 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Müller will sich bei dem Urtheil nicht beruhigen, sondern Revision einlegen. — In Nordhausen sind die beiden Kinder des Arbeiters Geiß, ein 4-jähriges Mädchen und ein 6-jähriger Knabe, nachdem sie vorher Medizin zu sich genommen, in kurzer Frist nach einander unter Vergiftungserscheinungen gestorben. Die Leichen sind auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt und die Obduktion angeordnet. — Der Kirchthurm der aus dem elften Jahrhundert stammenden Arianikirche in S ö z i e r ist vollständig niedergebrannt. — Der Gemeindefassenrentant aus Kellen hat sich der Staatsanwaltschaft in Cleve mit der Selbstanklage, 8000 Mk. unterschlagen zu haben, gestellt. Nunmehr beherbergt das dortige Gefängniß 4 Defraudanten, welche demnächst abgeurtheilt werden; nämlich außer dem vorgenannten den Ortskrankenrentanten aus Goch, den Stadt- und Sparfassenrentanten aus Moers und den Gewerbebank-Direktor aus Kempen. — Ein teuflischer Anschlag ist in Behringhausen, Kreis Brilon, glücklicher Weise vereitelt worden. Dort fanden in den letzten Tagen, wie der „Tägl. Rundschau“ gebräutet wird, zur Schicht gehende Bergleute 14 aneinander gebundene Dynamitpatronen nebst Sprengpulver, sowie eine lange Zündschnur, letztere war angezündet gewesen, durch irgend einen Umstand jedoch wieder erloschen, wodurch das Geschehen des Dynamits verhindert worden ist, sonst wäre entschieden das ganze Dorf in Trümmer gelegt worden. Nunmehr ist es den eifrigen Bemühungen der Polizei gelungen, mehrere Personen festzunehmen, die den teuflischen Plan gemacht hatten, um eine junge Frau ums Leben zu bringen, die einen Wittwer geheirathet, aber wegen schlechter Behandlung ins elterliche Haus zurückgekehrt war. Der Wittwer nebst zwei Söhnen wurden bereits ins Arnberger Gefängniß eingeliefert. Beide Brüder sind früher schon mal wegen ähnlichen Vergehens zu Gefängnißstrafen verurtheilt worden. — Der 25-jährige Gelegenheitsarbeiter August Stoltenburg ist als des an der 15-jährigen Lina Doblinski begangenen Lustmordes dringend verdächtig in Sprachhövel verhaftet und in das Gefängniß in Eilen geschickt worden. — Sonnabend Vormittag zertrümmerte der Weber Hofmann in W i n k l a s bei Münnichberg (Bavern) mit einem eisernen Wagenreifen seinem vier Wochen alten Kinde den Kopf, jedoch der Tod sofort eintrat, und brachte seinem zweijährigen Knaben mit dem gleichen Instrument lebensgefährliche Verletzungen bei. Nach der That stellte sich der Mörder der Gensdarmerei. — Der Vatermörder Bauer wurde Sonnabend früh 6 Uhr im Hofe des Untersuchungs-Gefängnisses in A u g s b u r g durch den Scharfrichter Reichhart hingerichtet. Der Delinquent zeigte sich vollständig gebrochen. Er vermochte nicht mehr zu gehen, so daß er von den beiden Scharfrichtergehilfen förmlich auf die Guillotine geschleppt werden mußte; auch schluchzte er fortwährend. — Ein Fall von Kamikazismus wird Wiener Blätter aus Süd-Stiermark, wo die Bevölkerung slowenisch ist, gemeldet. Im Dorfe P r a s b u r g bei Marburg war jüngst ein Ehepaar Brautpaar verhaftet worden unter der Beschuldigung, die eigene zwölfjährige Tochter ermordet und die Leiche im Backofen verbrannt zu haben, wo Knochenreste gefunden wurden. Die gerichtliche Untersuchung ergab aber, daß das Ehepaar die Tochter geschlachtet und verzehrt (???) hatte und die Knochen im Backofen zu verbrennen gesucht hatte, was nicht vollständig gelang. — Ein grauenhaftes Eifersuchtsdrama wird aus H u d a p e z berichtet: Der in der Urnschaft Terötova wohnhafte Barbier Ballo brachte in Erfahrung, daß seine Frau mit dem Notar Kohn ein Liebesverhältnis unterhalte. Als sich Kohn bei Ballo rasiren ließ, beschloß der Barbier ihn den Hals, stützte hierauf mit dem Rasirmesser seine Frau und sich selbst. — Ein verheerendes Feuer hat am 4. Mai in den frühen Morgenstunden das kleine schwedische Städtchen A m a l am Wienersee heimgesucht und weit über die Hälfte des Stadtgebietes, den gesamten nördlichen Theil der durch den Fluß Amalen in zwei Theile getheiltenen

Stadt, in Asche gelegt. Etwa 1000 Personen sind obdachlos geworden, und die Stadtverwaltung hat sich an die Regierung wenden müssen, um Militärzelte für die Einwohner zu leihen. Es ist dies seit etwa 10 Jahren das vierte Mal, daß eine schwedische aus Holz gebaute Stadt ganz oder zum großen Theil durch Feuer zerstört wird. — In Bassora kamen, einer Meldung aus Konstantinopel zufolge, drei neue Pestfälle vor. — Der russische Medizinarr hat nach Prüfung des eingegangenen Materials festgestellt, daß es sich bei den zu Ende des vorigen und zu Anfang des laufenden Jahres in verschiedenen Ortschaften des Gouvernements Astrachan und der Kirgisischen Steppe vorgekommenen epidemischen Erkrankungen um Fälle der indischen Pest gehandelt hat.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung eines Polizeiergeanten wurde der Tischler Paul König aus Bunzlau von der Strafkammer in Liegnitz zu 1 Jahr 7 Monaten Gefängniß verurtheilt. Bei der Verhandlung war die Öffentlichkeit ausgeschlossen. — Aus Mainz wird berichtet: Zu einem auf der Großen Bleiche patriotischen Schutzmann kam ein stellenloser Sattler und meinte, er sei Anarchist, man möge ihn verhaften. Da aber in normalen Zeitläufen dieses „Vergehen“ auch einem Schutzmann nicht wichtig genug erscheint, um eine Siftierung vorzunehmen, ward dem Wunsche keine Folge gegeben. Nun proste der angebliche Anarchist ein stärkeres Geschütz ab, um zu seinem Ziele zu gelangen. Er erklärte, er habe sein Gewissen mit einer Majestätsbeleidigung befreit. Das übte indessen auch nicht die gewünschte Wirkung auf den Vertreter der öffentlichen Ordnung aus, weil ihm offenbar die Geschichte nicht beweiskräftig genug war. Jetzt galt es, den letzten Rettungsversuch vor Hunger und Obdachlosigkeit zu wagen und der arme Teufel verstieg sich in seiner Noth zu Schimpfsworten gegen Wilhelm II. „Du hast erreicht!“ konnte er nun ausrufen, als er nunmehr endlich für verhaftet erklärt wurde und in Begleitung des Schutzmannes den Weg nach dem Polizeirevier und dann dem so heiß ersehnten — Gefängniß antrat. Dieses Vorkommniß beweist aufs Deutlichste, wie nothwendig Majestätsbeleidigungs-Paragraphen im deutschen Strafgesetzbuch sind.

Die Sittlichkeit auf dem Lande. Wie ein Akt aus Tostitois „Macht der Finsterniß“ ließ sich eine Meldung aus dem württembergischen Altdorfe G ö t t i n g e n bei Ulm. In einer dortigen Bauernwirtschaft diente ein 28-jähriges Dienstmädchen. Zwischen dem jungen Bauernsohn und einseitigen Erben der Wirtschaft und dem Mädchen bestand seit Jahren ein Liebesverhältnis, das der verwitweten Mutter des jungen Bauern nicht verborgen geblieben war. Der Heirath zwischen den beiden Liebenden standen die bauerlichen Standes- und Vermögensbegriffe, welche natürlich eine „Mesalliance“ nicht zuließen, entgegen. Dagegen gestatteten die Sittlichkeitsbegriffe dieser biederen Landbewohner die Fortdauer des intimen Verhältnisses, obwohl die Folgen nicht ausgeblieben waren. Die Kinder wurden gleich nach der Geburt beseitigt und als Leichen im Dünger, in der Abortgrube und auf dem Dachboden versteckt. Dieser Tage ist nun das Mädchen, welches jetzt zum vierten Male seiner Niederkunft entgegensteht, jammt ihrem bauerlichen Liebhaber und dessen Mutter verhaftet worden. Die Mörderin, die vielleicht mehr zu bemitleiden als zu verdammen ist, gesteht im wesentlichen die Morde ein. Dagegen leugnen die beiden anderen Verhafteten bisher mit großer Bestimmtheit ihre Mitwisserschaft, obwohl die Wahrscheinlichkeit sehr gegen sie spricht. Gleichzeitig ist in demselben Dorfe ein anderer Burche wegen Sittlichkeitsverbrechen und ein dritter wegen verachteter Mordthat im Leben bei seiner Geliebten verhaftet worden. Göttingen ist, nebenbei bemerkt, ein kleineres Bawerndorf, in dem es eine sündige Industriebevölkerung nicht giebt und in dem bei politischen Wahlen demokratische Redner froh sein müssen, wenn sie, ohne an ihrer Gesundheit Schaden zu nehmen, wieder heimkommen. Wir überlassen es den frommen Tugendwächtern des Bundes der Landwirthe, der in Göttingen sehr eifrige Anhänger hat, den Unterschied zwischen diesen Uebersetzungen ländlicher Sittenanschauungen und dem babylonischen Sünden der verderbten Stadtbewohner herauszuluchen.

Ueber eine mißglückte Sittlichkeitsaktion wird aus Breslau gemeldet: Am Sonnabend hatten sich 24 Wirths-, Buchhändler, Barbier und ein 17-jähriges Zeitungsmädchen vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten, weil sie durch Verbreitung der angeblich unzüchtigen F a s t a c h t s n u m m e r des „Simplicissimus“ sich gegen die Sittlichkeit vergangen haben sollten. Der Staatsanwalt beantragte gegen sämtliche Angeklagte eine geringe Geldstrafe, das Gericht erkannte jedoch in allen Fällen auf Frei-

sprechung. Die Öffentlichkeit war während der Verhandlung ausgeschlossen.

Aus Gefälligkeit gegen die Agrarier hat das Bezirksamt von Stadthof (Regensburg) die Sonntagsvormittags-Concerte in Stadthof verboten. Die Landgemeinde des benachbarten Dorfes Winge hatte geltend gemacht, daß die Dienstboten die Concerte besuchen und dann nicht mehr zum Viehfüttern nach Hause kommen. Die Verfügung des Bezirksamtes wird lediglich die Wirkung haben, daß die Dienstboten sich anderswo, vielleicht in einer Stadt, Dienstplätze suchen.

Die Orkane, die wie gewöhnlich die Küsten Australiens zur Zeit der Tag- und Nachtgleiche heimsuchen haben nach der „Post, Ztg.“ schwere Verluste an Schiffen verursacht. Wie der Dampfer „Federal“, so ist auch der von Melbourne nach Tasmanien bestimmte Schoner „Auf Lamont“ mit Mann und Maus untergegangen — 48 Seeleute haben ihr Grab in den Wellen gefunden. Am 26. März scheiterte an der Westküste der große Dampfer „Karatatta“; Besatzung und Passagiere (121 Personen) retteten das nackte Leben. Große Besorgniß hegt man wegen des Schiffes „Aladin“, das vor 140 Tagen mit kostbarer Ladung von Java nach Sydney abging, vor 2 1/2 Monaten in der Torresstraße war und seitdem spurlos verschwunden ist. Von Auckland (Neuseeland) kommt die Nachricht, daß die Fidschi-Inseln in der Nacht vom 13. zum 14. März vor einem verheerenden Sturme heimgesucht wurden. Bei Seeburg warf er 12 Rutter und 2 große Schoner auf's Land, in mitten in die Stadt. Zahlreiche Gebäude, auch Kirchen wurden zerstört, das Eingeborenenviertel liegt vollständig in Trümmern, sieben Schwarze kamen ums Leben.

Darstellung.

Im Monat April gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Kreis 300,—, 2. Kreis 150,—, 3. Kreis 1500,—, 4. Kreis Ost 1000,—, 5. Kreis 300,—, 6. Kreis, Schönhauser Vorstadt 1050,—, 6. Kreis, Moabit 404,92, 6. Kreis, Wedding und Oranienburger Vorstadt 1000,—, 6. Kreis, Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen 250,—, Berlin, diverse Beiträge 626,87, Breslau, sozialdemokratischer Verein 50,—, Bamberg, „Die Häuler“ 15,—, Bant-Wilhelmshaven, Parteibeitrag 1. Quartal 1901 98,—, Bern 50,—, Brandenburg a. H., Wahlkreis Westhavelland, Ueberchuß der „Brandenb. Ztg.“ 500,—, Viesefeld, durch St. zurück 50,—, Bamberg, Solitarius 5,—, Buztebude, von den Alten durch Weber 3,—, Chemnitz, 16. jächischer Reichstags-Wahlkreis 150,—, Dresden, 2. Sch. 1.—, Erfurt, Wahlkreis Erf.-Schl.-Ziegen 50,—, Falkenberg (Oberchl.) 2.—, Großprosen, gej. auf einer rothen Hochzeit von A. U. 3,70, Hamburg, Cigarrenfabrik von Otto, St. Pauli 20,—, Gasthof bei Bremen 10,—, Hausdorf bei Neurode 5,—, Hamburg, im Monat April in der Expedition des „Echo“ eingegangen 119,90, Japhurt a. M. 2. Richter 3,—, Halle a. S., vom sozialdemokratischen Verein für Halle und den Saalkreis 300,—, Hagen i. W. Ungenannt 3,—, Komorowen, E. 17,—, Königsberg i. Pr. Parteibeitrag 100,—, Köln a. Rh., vom Vertrauensmann der Stadt Köln 100,—, Lahr i. W., Altvater 5,—, Leipzig, Stadt und Land 3000,—, Leisnig, rothe Kindtaufe 2,—, München, Gauverband Südbayern, 1. Quartal 1901 81,20, München, Waldläufer 5,—, Mannheim, sozialdemokratischer Verein 200,—, Mitweida, von den Alten aus dem 15. jäch. Reichstags-Wahlkreis 50,—, Nürnberg-Altdorf, sozialdemokratischer Verein 20,—, Offenburg (Baden) 14,19, Pörsingen bei Schirwindt, A. B. 1,30, Posen, Ueberchuß der Reichstagswahl 20,—, Ronsdorf, Parteibeitrag 1. Quartal 25,—, Genosse D. B. 1.—, E. W. 2.—, rother Maulwurf 1.—, Summa 29,—, Rahnsdorf, A. und B. 6,—, Schwabischer Zinsgroßhändler 250,—, Stille Genossin durch C. Zellin 400,—, Stuttgart, G. U. 10,—, Solingen, vom Höchsteider Volksverein durch G. F. 10,—, „Vorwärts“ 1. Quartal 1901 20 257,20, K. V. 3. 1874,05, K. S. 100,—, Zwönitz, Ueberchuß der Maifester v. Zw., Niederzw. und Kühnabde 3,30.

Berlin, den 8. Mai 1901.

Für den Parteivorstand:
A. Gerich, Kreuzbergstr. 30.

Sternschauz-Viehmarkt

Hamburg, 13. Mai.
Der Viehmarkt verlief nur langsam.
Zahlreich waren 300 Stück, davon vom Norden —, von Süden — Stück, Engländer — Mk., Perundschweine je zwei 52—53 Mk., Lichte 52—53 1/2 Mk., Sauen 42—47 Mk., Ferkel 50—53 „ „ pr 100 Stk.

bedenken Kerzen hin, wenige Sekunden nur, dem Anwalt behuten sie sich zu einer Ungewissheit voll bitterer Pein, wie sie sein Gewissen nie vorher erduldet. . . . „Wachen Sie die Kerzen! . . . Also den Stiefel!“ Werner griff nach den Aktien. „Wach halten Sie mir,“ wandte er sich an Dornegg, „mir ichwindel's . . . O mein Gott! daß ich dies erleben muß!“

Während der Hitzekamrie nach dem Dittat der beiden Herren schrie, wandte sich der Anwalt an den Kerzenmacher mit der Frage, wie die Hitzekamrie erwidert sei.

„Es grenzt an Zauber!“ erwiderte der Beamte. „Als die Kerzen ihr heute Morgen das Frühmahl bringen wollten, jauchte die Thüre bloß eingeklinkt, die Zelle leer. Das Schloß muß sie von innen geöffnet haben. Ihre Spur läßt sich deutlich verfolgen: sie ist durch den Hof empolzen, die Schloßthür all der Thüren sind gleichfalls durch einen Dietrich mit größter Vorsichtsbewahrung von innen geöffnet worden. Hier stehen wir vor dem ersten Räthsel. Dieser bringt immer eine starke Raucherkerze fertig; die Yppert aber hatte nicht so viel Kraft, unmöglich! Der Arzt behauptet es und Sie konnten sie ja auch, Herr Doktor!“

Dieser sagte die Räthsel, der Kerzenmacher fährt fort: „Sie sehen, der Gedanke an fremde Hülfe drängt sich geistlich auf und bewacht ist er nicht haltbar. Von Außen her kann die Hülfe nicht gekommen sein, die Schloßthür sind ja von innen ausgeklippt worden. Und im Ganzen kann sie gleichfalls keine Hülfe gefunden haben. Unter den Kerzen ist keiner eines solchen Verbrechens fähig, zudem giebt es eine einzige Thüre, durch welche man aus den übrigen Gefängniszellen in den Korridor der weiblichen Kerzen gelangen kann, und diese Thüre war und blieb verschlossen.“

Da nun also fremde Hülfe undenkbar ist, so müssen wir der Yppert, so schwer es hält, solche Kraft doch zutrauen. Nun stehen wir aber vor einem zweiten Räthsel: wie kam sie zu dem Dietrich? Und gegenüber solchen Unbegreiflichkeiten will es wenig sagen, daß sie ohnedem einen Weg gewußt hat, der den Wächtern unbekannt war!“

„Aberdings räthselhaft!“ jagte Berger, „höchst merkwürdig.“ Ihm war der Zusammenhang völlig klar: Herr und Diener waren mittelst der amtlichen Schlüssel oder Nachschlüssel, die sie nach deren Muster hatten anfertigen lassen, ins Gefängniß gedrungen und hatten auf dem Rückweg die Schloßthür verfehrt. So war jeder Verdacht einer Hülfe von Außen her beseitigt und zugleich, soweit Sendlingen dies vermochte, von dem Dienstpersonal des Gefängnisses abgeleitet.

Zwischen hatten die beiden Herren den Stiefel stillirt, und Dornegg erneuerte seinen Rath, denselben sofort telegraphisch zu verbreiten. Werner widersprach, dies sei eine „neue Rode“, die er nicht mitmache. „Alles nach Vorbericht!“ Wir publizieren den Stiefel im Amtsblatt, theilen ihn der Polizei mit und schicken eine Abschrift nach Wien. Es ist undenkbar, daß die Person ins Ausland flüchten sollte, wo hätte sie auch das Geld dazu? Telegraphirt wird also nicht. Punktum!“

Aber nachdem sich der alte Mann zu dieser salomonischen Entscheidung aufgerafft, verließ ihn wieder alle Selbstbeherrschung. „Welches Unglück“, jammerte er. „So begnügt meine Thätigkeit als Präsident! Aber ich bin ja hilflos! Ach! deshalb bekomme ich doch, wenn Sendlingen mich nicht rettet, einen Botschafter vom Kaiser, an dem ich mein Leben lang zu tragen habe. Aber mein Freund Send-

lingen, dieser beste Kollege, wird mich retten, er wird für mich sprechen. Verzeihen Sie, meine Herren — aber ich habe gar keine Ruhe, bis ich ihn um seinen Beistand gebeten!“

Er setzte sich an seinen Schreibtisch, die Herren empfahlen sich.

Am nächsten Morgen erhielt Berger ein Schreiben aus Wien, die Handschrift der Adresse war ihm bekannt, mit zitternden Händen öffnete er das Couvert. Das Schreiben lautete:

„Ich weiß, Du kannst mir nicht vergeben, und ich bitte Dich nicht darum. Nur eine Günst erlese ich von Dir: gieb die Hoffnung nicht auf, daß einst die Stunde kommt, wo ich wieder Deiner Achtung werth sein werde. Den ersten Schritte hierzu habe ich gestern gethan; ich bin für immer aus dem Staatsdienst geschieden und zweifle nicht daran, daß ich den Muth haben werde, auch den zweiten, den erlösenden Schritt zu thun; wann mir Gott die Gnade erweisen wird, dies thun zu dürfen, weiß ich nicht. Siehe mit mir, daß ich nicht allzulange harren muß.“

„Leb' wohl, Georg, leb' auf immer wohl!“

V i c t o r !“

Lange starrte der Anwalt auf diese Zeilen, seine Lippen bebten — ihm war's sehr weh um's Herz. . . .

Dann rückte er eine Kerze heran, entzündete sie und hielt das Papier an die Flamme, bis es ganz zu Asche geworden. . . .

„Fahrwohl! Du besser, reinster Mensch“, flüsterte er vor sich hin, und eine jähe Thräne rann ihm über die Wangen nieder.

(Fortsetzung folgt.)